

@evolution

friedlich, mitmenschlich, gerecht, nachhaltig, selbstbestimmt

Wohnen

ist ein **Menschenrecht!**

Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

Mütter und Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche wie außereheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.

Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948



Boden – der verschwundene Produktionsfaktor
Silvio Gesells Vorschläge für eine Bodenreform
NWO-Stiftung Belcampo – ein anderer Umgang mit Boden

I have a dream

Die erste Lieferung von 20 afrikanischen Sklaven an die nordamerikanische Kolonie in Jamestown, Virginia, erfolgte im Jahr 1619 – für die Tabakproduktion. Mit der Entstehung der Plantagenökonomie, die sich seit dem 17. Jahrhundert von Virginia aus ausbreitete, nahm die Sklaverei eine rasante Entwicklung. Millionen Menschen wurden verschleppt, um als billige Arbeitskräfte auf den Plantagen von Kolonialherren zu arbeiten.

Nach dem Amerikanischen Bürgerkrieg wurde die Sklaverei 1865 in den Vereinigten Staaten offiziell abgeschafft. Doch die vollen politischen Bürgerrechte erhielten die Afroamerikaner erst hundert Jahre später, nachdem sie sie friedlich erkämpft hatten.

In diesen Tagen wurde an die berühmte Traum-Rede erinnert, die Martin Luther King vor 50 Jahren gehalten hat – und auch Präsident Obama musste eingestehen, dass der Marsch der Bürgerrechtsbewegung immer noch nicht vollendet ist. Denn es ging ihr nicht nur um gleiche Rechte, sondern auch um gleiche Chancen auf materiellen Erfolg. Auch heute noch gehe es darum, zu teilen, sagt Obama. Alle, ungeachtet ihrer Hautfarbe, müssten das Recht haben auf einen angemessenen Lohn, faire Arbeitsbedingungen, eine gute Gesundheitsfürsorge, soziale Absicherung, den Zugang zu Bildung sowie bezahlbare Mieten und Hauspreise.

Bezahlbarer Wohnraum ist in den USA ebenso wie bei uns ein aktuelles Thema – und es hängt direkt mit dem Thema Boden zusammen, auf dem der Wohnraum ja steht.

Steigende Immobilienpreise, unbezahlbare Mieten, Landnahme in großem Stil, besonders in Afrika und Asien. Flächenkonzentration auch bei uns. Höfesterben, Agroindustrie. »Bio«kraftstoffe, Regenwaldzerstörung ... An vielen Stellen drängt die lange verdrängte Bodenfrage jetzt in unser Bewusstsein.

Höchste Zeit, dass wir uns ganz grundsätzlich mit unserer Lebensgrundlage befassen, denn wir alle hängen vom Boden und seinen Ressourcen ab. Die NWO-Stiftung Belcampo, die wir auf S. 18 vorstellen, stellt dabei eine entscheidende Frage: »Bist du Eigentümer des Bodens, oder bezahlst du Miete?« Sie macht darauf aufmerksam, dass das, was wir zum Gehen, Stehen, Sitzen und zur Produktion unserer Nahrungsmittel brauchen, keineswegs (kosten)frei verfügbar ist – es sei denn, wir sind die Eigentümer des Bodens.

Und Dirk Löhr stellt in seinem Beitrag ab S. 4 fest, dass Bodeneigentum und wirtschaftlicher Erfolg unmittelbar zusammenhängen, denn »der Kern der Gewinne sind ökonomische Renten, die aus Land im weiteren Sinne entspringen«.

Zwischen Land und Freiheit gibt es also einen Zusammenhang, wie auch der Titel des auf S. 20 vorgestellten Buches von Gerhard Senft andeutet, in dem dieser den Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden für Interessierte gebündelt hat.

Jedem Menschen den gleichen Zugang zum Boden zu ermöglichen, ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Abschaffung von Sklaverei in ihren modernen Ausprägungen.



Der Marsch geht also weiter, damit der Traum sich erfüllt!

Beate Bockting

Kontakt: redaktion@INWO.de

Inhalt

- 3 Beate Bockting: Wohnen ist ein Menschenrecht
- 4 Dirk Löhr: Boden – der verschwundene Produktionsfaktor
- 10 Ankündigung 52. Mündener Gespräche
- 11 Bernd Senf: Silvio Gesells Kritik am privaten Bodeneigentum – und seine Vorschläge für eine Bodenreform
- 14 INWO Deutschland
- 16 INWO Schweiz
- 18 NWO-Stiftung Belcampo – ein anderer Umgang mit Boden
- 19 Termine Schweiz
- 20 Buchvorstellungen
- 21 Bestellformular
- 22 Mitgliedsantrag INWO D
- 23 10 Fragen an PolitikerInnen / Aktion sicheres Geld

Impressum

r-evolution 9. Jahrgang, Nr. 58 Sept. 2013, ISSN 1660-1653

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), H. Barth
E-Mail: redaktion@INWO.de

Auflage: 2.000 Exemplare; davon 1.850 als »FAIRCONOMY« (INWO Deutschland)

Bildnachweis

Titelseite: © shop.robertkneschke.de / PIXELIO.de / cvp-design; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: © Kurt F. Domnik / PIXELIO.de; 4: © Thomas Max Müller / PIXELIO.de; 7: © Helene Souza / PIXELIO.de; 8: © Uwe Schwarz / PIXELIO.de; 10: © ALSOMUS / clipdealer.com; 11: © Thomas Max Müller / PIXELIO.de; 12: © Rolf Handke / PIXELIO.de; 16: styleunited / Clipdealer.com; 17: Gina Sanders / fotolia.com; 19: © Joss / PIXELIO.de; 20: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com;

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt Schweiz: INWO Schweiz, Postfach 3161, 5430 Wettingen 3, Tel. 056 426 60 90, E-Mail: Buero@INWO.ch, <http://www.INWO.ch>

Kontoverbindung:

Konto 40-963-0 bei der Freien Gemeinschaftsbank
IBAN: CH20 0839 2000 0040 0679 8
PC-Konto 30-1771-2
IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2

Die INWO Schweiz spricht über das herrschende Geld- und Bodenrecht als unmittelbare Ursache wachsender Not und sich mehrender Verzweiflung vieler Menschen. Ziele der INWO sind vergleichsweise kleine,

aber fundamentale Korrekturen, die nicht einmal bestehende Besitzstände angreifen würden. Werden Sie Mitglied, GönnerIn der INWO oder LeserIn unserer Zeitschrift r-evolution.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Droht auch in Deutschland eine Immobilienblase? Experten wiegeln noch ab, doch in manchen Gegenden steigen die Kaufpreise und Mieten rasant, insbesondere in den großen Städten. Investoren suchen nach »bodenständigen« Anlagemöglichkeiten und die derzeit niedrigen Zinsen machen Kreditaufnahmen zur Immobilienfinanzierung attraktiv. Das Menschenrecht auf Wohnen wird teuer bezahlt.

Investitionen in Immobilien gelten als lohnenswerte Sache. Und gerade in Krisenzeiten bieten sie schon rein gefühlsmäßig mehr Sicherheit als eine Geldanlage auf dem Sparkonto oder in Lebensversicherungen. Auch Aktien sind in schlechten wirtschaftlichen Zeiten mit einem Risiko verbunden. Wohnungen jedoch werden immer gebraucht – darum setzen in der Finanzkrise viele Anleger auf »Betongold«. Geld lässt sich so nicht nur sicher »parken«, sondern bei steigenden Mieten und Immobilienpreisen winkt mancherorts auch noch Profit.

So schön hatte man sich das auch in Spanien gedacht, wo zwischen 2002 und 2007 ein wahrer Bauboom herrschte, zumeist an der Küste, weil dort mit der stärksten Nachfrage von in- und ausländischen Käufern gerechnet wurde. Leider haben sich viele verspekuliert, jetzt stehen dort rund 800.000 Häuser und Wohnungen leer. Banken und Sparkassen dürfen sie nun zwangsversteigern, was dort die Preise weiter einbrechen lässt.

Anders in Deutschland: In deutschen Großstädten steigen die Immobilienpreise derzeit rasant. Allein im letzten Jahr sind die Wohnungspreise laut Bundesbank in den sieben größten deutschen Städten um 11 Prozent gestiegen. Dadurch nimmt die soziale Ungerechtigkeit weiter zu, denn auch die weniger gefragten Regionen sind indirekt betroffen: Hier bleiben Investitionen in Wohnungen und Infrastruktur aus, weil sie sich nicht mehr lohnen.

Mietenwahnsinn stoppen!

Wohnen ist ein Menschenrecht, doch in gefragten Städten und Lagen wird das Leben bei weiter explodierenden Mieten für viele unbezahlbar. So werden Menschen aus Innenstädten verdrängt. Manchen drohen sogar Zwangsräumung und Obdachlosigkeit. Aufgrund von Hartz IV und der Ausweitung des Niedriglohnssektors reichen die 1,5 Millionen Sozialwohnungen bundesweit bei weitem nicht.

Tausende Menschen gingen daher bereits im Herbst letzten Jahres auf die Straße, z.B. in

Berlin, Freiburg und Hamburg. Die Wohnungsfrage ist seitdem wieder ein öffentliches Thema – und eines der Topthemen im Wahlkampf. Das Thema ist so heiß, dass sogar Kanzlerin Merkel sich im Wahlkampf genötigt sah, sich für eine Mietpreisbremse auszusprechen. Bisher hatte die CDU eine Deckelung immer abgelehnt, weil sie negative Auswirkungen auf den Wohnungsbau befürchtete. Dieser würde sich bei zu starken Beschränkungen nicht mehr rentieren. Auch Investitionen im Bestand würden dann möglicherweise ausbleiben, so die Argumentation.

Profitmacherei verhindern!

Dabei funktioniert die Sache meist so, wie ein Beispiel aus Dresden veranschaulicht: Dort wollte der private Immobilienkonzern Gagfah 38.000 Wohnungen wieder verkaufen, nachdem seit dem Erwerb 2006 ein Großteil der Dividende direkt an den us-amerikanischen Mutterkonzern Fortress geflossen war, während in die Gebäude selbst nicht mehr investiert wurde.

Fortress hatte bei der Übernahme 1,75 Milliarden Euro für mehr als 47.000 Wohneinheiten an die Stadt Dresden gezahlt, 650 Millionen aus Eigenkapital und 1,1 Milliarden aus Krediten. Jetzt wollte das Unternehmen 1,8 Milliarden Euro für nur noch 38.000 verbliebene Wohnungen, um diese Kredite zu tilgen.

Das Beispiel zeigt: Private-Equity-Gesellschaften haben kein Interesse, Immobilien langfristig zu betreiben und zu erhalten, sondern wollen auf Kosten der Mieter kurzfristig Gewinne erzielen. Schließlich holt sich nach jedem Weiterverkauf der neue Investor den höheren Kaufpreis von den Mietern zurück.

Die Rechnung geht erst dann nicht mehr auf, wenn die Kaufpreise deutlich stärker als die Mietpreise steigen. Dann hat sich eine Immobilienblase entwickelt. Eigentümer, die ihr Haus



Schlusslichter in Europa: In Deutschland leben nur 53%, in Österreich 57% und in der Schweiz 44% der Bevölkerung in den eigenen vier Wänden. Dass schon alles Wohneigentum abbezahlt ist, ist damit noch nicht gesagt.

kreditfinanziert haben, können ihre Kosten dann nicht mehr über die Mieteinnahmen decken.

Aktionstag am 28. September

Weil man von den Wahlkampfversprechen nicht viel erwartet und den politischen Druck erhöhen will, riefen im Juni Initiativen aus elf Städten erneut zu Protesten auf. Sie organisierten eine bunte Aktionswoche unter dem Motto »Keine Profite mit der Miete«. Kritisiert wird, dass die Stadt »wie ein Unternehmen geführt und wie eine Ware vermarktet« wird. Das Menschenrecht auf Wohnen könne nur gewährleistet werden, wenn der Ausstieg aus dem profitorientierten Wohnungsmarkt gelinge. Wohnraum soll allen unabhängig vom Einkommen zur Verfügung stehen.

Jetzt ruft das Bündnis zu einem großen bundesweiten Aktionstag am 28. September auf. In vielen Städten werden bereits Aktionen geplant, zum Beispiel in Berlin, Bochum, Bonn, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hanau, Köln, Maintal und München. Alle Termine im Überblick finden Sie auf www.keineprofitemitdermiete.org. Eine gute Gelegenheit, die Geld- und Bodenreform aus INWO-Sicht einzubringen! ■

Beate Bocking

Boden – der verschwundene Produktionsfaktor

Der Faktor Boden war lange aus dem Blickfeld kritischer Zeitgenossen verschwunden. Dabei ist er heute wichtiger denn je. Landnahme im großen Stil durch gewinnorientierte Investoren, Spekulation mit Lebensmitteln und Rohstoffen, Patente auf Saatgut, steigende Immobilienpreise und Mieten ... Bodeneigentum im weiteren Sinn ist das, was die wirtschaftliche Basis von Unternehmen im Kern ausmacht. Und: Es lassen sich damit Erträge erzielen, denen keinerlei Aufwendungen gegenüberstehen.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um elementare Gestaltungsprinzipien für unsere Wirtschaft, um die Wirtschaftsordnung eben. Gesell nannte sein Hauptwerk »Natürliche Wirtschaftsordnung«, weil er meinte, sein Konzept würde der menschlichen Natur am ehesten gerecht. Apropos »gerecht«: Proudhon verstand hierunter »Gegenseitigkeit«. Gesell war von Proudhon beeinflusst und erkannte, dass die Geldordnung diesem Prinzip nicht entspricht: Liquidität kann individuell gehalten und die Vorteile daraus gezogen werden, ohne dass die Begünstigten die Allgemeinheit dafür kompensieren, dass sie auf ebendiese Liquidität verzichten muss. Eine gerechtere Geldordnung erfordert daher eine Umlaufsicherungsgebühr.

Beispiel Mietwucher

Mit dem Boden verhält es sich jedoch nicht anders. Die Erträge aus dem Boden werden heutzutage privatisiert, während die Allgemeinheit hierfür zahlt. Doch machen wir's konkret: Nehmen wir an, Hans sucht eine Mietwohnung in Hamburg oder München. Zuerst muss sich Hans in eine unglaublich lange Schlange von vielleicht hundert Personen einreihen, die diese Wohnung auch besichtigen wollen. Nehmen wir aber mal an, Hans ist im Glück und bekommt den Zuschlag. Nun darf er eine Wuchermiete an den Eigentümer der Immobilie abdrücken. Diese beträgt das Fünf- bis Siebenfache der Mieten in Gelsenkirchen oder Salzgitter.

Wofür aber zahlt Hans diese hohe Miete? Sind die Häuser in Hamburg oder München stabiler und besser gebaut oder haben sie eine bessere Ausstattung? Mitnichten. Sind die Ziegelsteine, der Mörtel, die Stahlträger oder die Bauarbeiter in München und Hamburg so viel teurer als in Gelsenkirchen oder Salzgitter? Wäre dies der Fall, würde man sich beim



Steigende Mieten machen derzeit vielen zu schaffen. Immobilieneigentümer profitieren von guten Lagen.

Bau des Hauses das entsprechende Material und die Arbeitskraft eben aus Gelsenkirchen oder Salzgitter besorgen. Hans zahlt einzig und allein für den Standort, dessen Eigentümer eine höhere Bodenrente als in Gelsenkirchen oder Salzgitter einfordern.

Die Bodenrente ...

Wie entsteht die Bodenrente? Es geht hier um Ertragsvorteile eines Grundstücks im Vergleich zu solchen Grundstücken, die gerade noch kostendeckend zu bewirtschaften sind (Differentialrente). Allgemein sind ökonomische Renten Erträge, denen keine Aufwendungen gegenüber stehen – wenigstens einzelwirtschaftlich gesehen. Gesamtwirtschaftlich sieht das freilich vollkommen anders

aus. Während die Renten zumeist von gut organisierten Gruppen vereinnahmt werden, wälzt man die Aufwendungen auf schlecht organisierte Gruppen ab. Ökonomische Renten hängen vor allem an Land und an artverwandten Monopolen (z.B. Schienennetze). Aber wer macht die Bodenrente? Die besagten Eigentümer der Grundstücke? Hamburg hat einen wunderbaren Blick auf ein Gewässer – noch schöner ist vielleicht der Blick auf das Meer an der Küste Somalias. München bietet einen wunderbaren Blick auf die Berge – noch besser ist aber der Blick auf den Hindukusch. Dennoch sind Bodenrenten und Bodenwerte in Hamburg und München offensichtlich wesentlich höher als an der Küste Somalias oder am Hindukusch. In Ham-

burg und München wird nämlich öffentliche Sicherheit großgeschrieben, es gibt ein funktionierendes Gesundheitssystem, es existiert eine erstklassige Infrastruktur, und zudem ballen sich hier Industrie, Gewerbe sowie hoch

zugesetzt (wollte man unbedingt einen vierten Produktionsfaktor aus der Taufe heben, so wäre »Infrastruktur« angemessener). Dies, obwohl Boden eigentlich wichtiger ist als je zuvor. Leider verschwand der Faktor Land

- Warum die Gier nach Privatisierung von Infrastrukturen und Public Private Partnerships? Auch hier geht es um die Beteiligung an den Renten aus Energie, Wasser und Infrastruktur (S. 74 ff.).

»Rent Grabbing ist die eigentliche Ursache für Land Grabbing«

spezialisierte Dienstleistungen. Diese und andere Vorteile entstehen durch öffentliche und gemeinschaftliche Anstrengungen, nicht durch besondere Leistungen der Bodeneigentümer. Nur aufgrund dieser gemeinschaftlichen Anstrengungen werden die hohen Bodenrenten und Bodenwerte bezahlt – und zwar an die privaten Bodeneigentümer.

... und die Steuern

Doch weiter mit unserem Mieter Hans in Hamburg. Er hat einen Job, so dass von seinem Arbeitgeber Lohnsteuer einbehalten wird. Er kauft ein, und bei fast jedem Einkauf ist Umsatzsteuer fällig. Rund die Hälfte aller Steuereinnahmen entfallen allein auf Lohn- und Umsatzsteuer. Aber wie werden die Steuereinnahmen verwendet? Zu einem hohen Teil für öffentliche Infrastruktur, Sicherheit, Bildung, Gesundheit – kurz, für alles, was am Ende das Grundstück seines Vermieters in Wert setzt. Der Staat spielt insoweit eine aktive Rolle bei der Umverteilung. Hans darf damit doppelt zahlen: Die Bodenrente in der Miete direkt an seinen Vermieter, und die Kosten der Inwertsetzung für das Grundstück an den Staat. Nutznießer ist in beiden Fällen der Grundstückseigentümer, ohne dass dieser einen Finger gekrümmt hätte. Nutzen und Kosten entfallen also auf unterschiedliche Akteure – eine solche Entkopplung (»Externalisierung«) ist die Quelle schlechthin für planerische, ökonomische und auch soziale Fehlentwicklungen.

Verschwundener Produktionsfaktor »Boden«

Gerade sprachen wir über Boden im engen, eigentlichen Wortsinne. Der Begriff »Boden« oder »Land« umfasst aber noch viel mehr. Die ökonomischen Klassiker sowie Henry George verstanden hierunter alles, was der Mensch nicht geschaffen hat: also z.B. Wasser, die Atmosphäre, Rohstoffe. In neuerer Zeit würde man auch »virtuelles Land« dazuzählen, das vor allem durch Patente privatisiert wird. Der Faktor Land ist allerdings in der neoklassischen Wirtschaftstheorie verschwunden. Die heutigen Studierenden hören nur noch von den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, machmal wird noch »Wissen« hin-

auch aus der Wahrnehmung vieler kritischer Zeitgenossen. Die Schiefen in Wirtschaft und Gesellschaft werden zu oft ausschließlich auf Probleme im Finanzbereich zurückgeführt, in der Freiwirtschaft speziell auf Fehler im Geldwesen, namentlich auf die Zinsfähigkeit des Geldes. Selbstverständlich haben Geld und Zins hierbei eine Schlüsselrolle, und die Kritik hieran ist nur allzu berechtigt. Doch gibt es noch einen weiteren Aspekt, der nicht außer Acht gelassen werden darf: die Frage der Entstehung ökonomischer Renten.

Die Bedeutung des Faktors Boden

Eigentlich sollte die Bedeutung des Faktors Land und der Renten hieraus auf der Hand liegen. Nur, um einige Beispiele zu nennen:

- Warum sind diejenigen Länder mit der reichhaltigsten Ausstattung an natürlichen Ressourcen die ärmsten Länder dieser Welt? Der »Ressourcenfluch« ist maßgeblich die Folge des Kampfs um die Boden- und Ressourcenrente.
- Warum hungern fast eine Milliarde Menschen? Anders als die Tagespresse suggeriert, sind fast 90 % des Hungers auf diesem Planeten sog. »struktureller Hunger« (S. 67). Dieser hat dort seine Schwerpunkte, wo das Land am besten und fruchtbarsten ist – die

- Warum und womit machen unsere Energieriesen so hohe Gewinne? Mit Atomkraft- und Kohlekraftwerken werden mehr als 20% Return on Investment erzielt; doch bei genauerem Hinsehen entpuppen sich auch diese als Bodenrenten: Braunkohlekraftwerke müssen nahe an Braunkohlevorkommen (wem gehören diese?), nicht mehr als 70km von den Verbrauchsschwerpunkten sowie in der Nähe von Bahnlinien und Stromautobahnen gebaut werden. Es geht also um Standorte und Standortprivilegien (S. 88 ff.). Und: Könnte ohne die fast unentgeltliche Nutzung der Atmosphäre auch nur ein einziges Braunkohlekraftwerk profitabel betrieben werden (der Preis für eine Tonne CO2 beträgt ca. 1/20 des Preises, der bei konsequenter Internalisierung, d.h. Einbeziehung externer Effekte in die Kostenrechnung, aufzubringen wäre)? Auch hier wird die Bodenrente in einem weiten Sinne privatisiert – auf Kosten von Mensch und Natur.

- Womit machen die Mineralölkonglomerate ihre exorbitanten Gewinne, die jedes Jahr über hundert Milliarden US-Dollar betragen? Nicht mit Tankstellen, nicht mit der Raffinierung des Öls, sondern mit der Ölrente (S. 37). Auf wessen Kosten?
- Wie kommt z.B. die marktbeherrschende Stellung von Microsoft zustande? Durch Zins und Zinseszins, ihre überragenden Produkte, oder nicht vielmehr durch – vor allem auf Softwarepatente gestützte – Monopolrenten?
- Worum geht es bei der Auseinandersetzung um genveränderte Organismen in Nahrungsmitteln? Der eigentliche Zweck der Gentechnologie sind für Monsanto & Co. die patentgestützten Monopolrenten (S. 80 ff.).
- Wie entstand die US-Finanzkrise, wie die

»Während die Renten zumeist von gut organisierten Gruppen vereinnahmt werden, wälzt man die Aufwendungen auf schlecht organisierte Gruppen ab.«

»Rent Grabber« aber den Zutritt verweigern. »Rent Grabbing« ist die eigentliche Ursache für »Land Grabbing«, was wieder eng mit »Ressourcen« und »Water Grabbing« verknüpft ist.

- Ging es beim militärischen »Engagement« in Afghanistan wirklich ursprünglich um Mädchenschulen oder spielte nicht vielmehr die Doppelpipeline aus Öl und Gas (die sog. »TAP-Route«) die ausschlaggebende Rolle – und damit wieder die Jagd nach Renten?

irische oder die spanische Finanzkrise? Allen lagen Immobilienpreisinflationen zugrunde, die am Ende nichts anderes sind als eine Aufblähung des Wertes von Land und der hieraus fließenden Renten (S. 66 f.).

(Die Seitenangaben in diesem Beitrag verweisen auf die entsprechenden Textstellen in D. Löhner, Prinzip Rentenökonomie: Wenn Eigentum zu Diebstahl wird, Marburg 2013. Dort sind auch weiterführende Literaturhinweise zu finden.)

Mittelverwendung	Mittelerkunft	Erträge
Vermehrbare Vermögensgegenstände: Produktionsfaktor "Kapital"	Schulden	Zins (Kern: Liquiditätsprämie, Urzins)
Unvermehrbares, nicht ersetzbares Vermögensgegenstände ("Land" i.w.S.)	Eigenkapital	Gewinne (Kern: Renten)

Abbildung 1:
Renten, Gewinne und Zinsen

Ich meine, diese Themen interessieren die breite Öffentlichkeit. Bei aller – unbestrittenen – Bedeutung von Geld und Zins: Die Antworten auf die gerade beispielhaft auf-

führen (s. hierzu ausführlich Teil IV auf S. 107 ff.).

Die skizzierten Zusammenhänge werden je-

Übrigens sind auch Unternehmensanteile diesem Reigen aus »kritischen Assets« hinzuzufügen, wenn diese indirekte Beteiligungen in »Land« i.w.S. darstellen. Hiermit handeln aber Investmentbanken – mit Kreditvergaben haben sie hingegen wenig am Hut. Gerade auch die Investmentbanken spielten in den Finanzkrisen der vergangenen Jahre eine beachtliche Rolle.

»Der Kern der Gewinne ist die ökonomische Rente, die aus Land im weiteren Sinne entspringt.«

geworfenen und weitere Fragen liegen zu einem wesentlichen Teil jenseits der Geld- und Zinsproblematik.

Zinsen, Renten und Gewinne

Das Landthema ist auch deshalb so wichtig, weil es eben nicht nur Boden im engen Sinne betrifft. Vielmehr geht es um Unternehmen allgemein. Warum bewegen sich eigentlich Land- und Aktienpreise Hand in Hand? Es besteht hier augenscheinlich ein enger statistischer Zusammenhang (S. 122). Für die USA beispielsweise beträgt der Korrelationswert 0,86 (NYSE-Index und 10 City-Composite Index für 1987-2012, Signifikanzniveau 0,01), für Großbritannien 0,83 (FTSE 100-Index und House Price Index von 1966-2011), für Japan 0,99 (Nikkei und Land in Gewerbegebieten von 1955-1988). Alles Zufall?

Und warum entspricht im Durchschnitt das Eigenkapital der Unternehmen (Passivseite) der Summe aus »Land« im weiten Sinne (Aktivseite)? Bei über 48.000 Unternehmen machte sowohl das Eigenkapital als auch die Summe aus Land, Patenten etc. sowie Cash im Durchschnitt jeweils ca. 29 % der Bilanzsumme aus. Wenn man nicht nach dem Handelsgesetzbuch, sondern nach IFRS (International Reporting Financial Standards) bilanziert, ändert sich an dieser Identität nichts (S. 112 ff.). Wieder Zufall, Zahlenmagie?

Erst, wenn man Eigenkapital als »indirektes Investment« in »Land« i.w.S. betrachtet, wird ein Schuh daraus. Dementsprechend ist der Kern der Gewinne die ökonomische Rente, die aus »Land« i.w.S. entspringt. Weil sich der Wert von Vermögensgegenständen aus den künftigen Erträgen ergibt, muss der Wert des Eigenkapitals dem Wert des Landes entsprechen. Aus demselben Grunde müssen die Renten mit den Gewinnen gleichlaufen. Die theoretische Begründung würde hier zu weit

doch in der Abbildung 1 noch einmal verdeutlicht.

Abbildung 2:
Forbes-Rangliste der
Global High Performers

Rang (Liste größerer Unt.)	Gesellschaft	Industrie	Fundierung	5-Jahres Durchschnitt		
				Umsatz- wachs- tum %	Netto- gewinn %	Ge- samt- ertrag Wachs- tum %
1	Exxon Mobil (USA)	Öl u. Gas	Ressourcen	2,0	4,3	4,1
2	JPMorgan Chase (USA)	Banking	Beteiligungen, Geld	11,3	9,5	-0,1
4	Royal Dutch Shell (Niederlande)	Öl u. Gas	Ressourcen	11,2	7,0	5,0
12	Chevron (USA)	Öl u. Gas	Ressourcen	1,2	4,3	10,1
17	Volkswagen Group (Deutschland)	Auto	Standorte, Patente	8,7	41,2	1,9
22	Apple (USA)	Technol. Hardware	Patente	39,6	63,9	46,7
28	Vodafone (GB)	Telecom Services	Patente, Infrastruktur, Standort	9,3	8,2	8,2
31	China Mobile (HK China)	Telecom Services	Klass. Monopol, Infrastr., Standort	17,2	18,7	6,2
42	Microsoft (USA)	Software	Patente	8,5	11,2	3,9
49	BHP Billiton (Australien)	Mining	Ressourcen	11,1	11,4	9,8

Gewinne sind also wesentlich mehr als eine »Unterart« der Zinsen. Stellt ihr Kern eine ökonomische Rente dar, können sie im Übrigen im Zuge einer Geldreform nicht durch Wettbewerb und Kapitalvermehrung allgemein gegen die Nullmarke gedrückt werden. Renten kann man allenfalls dämpfen, aber nicht beseitigen – sondern nur umverteilen.

Renten als Residuum

Noch ein weiterer wichtiger Punkt ist hier zu beachten: Renten und Unternehmensgewin-

ne stellen Residualeinkommen dar. Residual-einkommen sind das, was nach Bezahlung der anderen Produktionsfaktoren noch verbleibt. Diese Gemeinsamkeit sollte nach dem oben Gesagten nicht überraschen, da es sich im Kern bei Renten und Gewinnen um das-selbe Phänomen handelt.

Würde z.B. eine freiwirtschaftliche Geldreform initiiert und sänten in der Folge die Zinsen, dann würden – wie in der Freiwirtschaftsbe-wegung angenommen wird – die Einkommen steigen. Allerdings ist dies noch nicht das Ende vom Lied, denn ein erheblicher Teil der gestiegenen Einkommen »sickert« zu den Rentenbeziehern durch. Auch in jüngster Zeit war zu beobachten, dass parallel zu den sin-kenden Zinsen die Lohnquote wieder etwas an-zog – gleichzeitig stiegen aber auch die Mieten heftig an, vor allem in den Ballungs-räumen.

Und: Der Wert eines Assets, eines Anlage-gegenstands, ergibt sich aus den abgezinsten Erträgen. Wenn der Zins gegen Null ginge (was er ohne Bodenreform aufgrund der po-sitiven Liquiditätsprämie des Bodens aller-dings gar nicht kann), würde der Wert von »Land« i.w.S. (und der von Unterneh-mensanteilen, als indirekten Investitionen in Land) bis gegen Unendlich gehen. Das wäre Neofeudalismus. Markteintritte und Wettbe-werb würden verunmöglicht.

Volkseinkommen als Funktion der Bevölkerung (eigene Darstellung)		
Zusammensetzung		Verteilung
Private Güter und Dienstleistungen	⇔	Löhne (Produktionsfaktor Arbeit)
		Zinsen (Produktionsfaktor Kapital)
Öffentliche Güter und Dienstleistungen	⇔	Renten (Produktionsfaktor Land i.w.S.)

Abbildung 3:
Das Henry George-Theorem
(vereinfacht)

80 % des Wertes in Großbritannien – der Zu-gang zu »Land« i.w.S. ist also in Deutsch-land vergleichsweise leichter möglich. Doch auch der CIA-Gini-Koeffizient für die Vertei-lung der Familieneinkommen liegt bei 79 % des entsprechenden Wertes für Großbritan-nien (0 würde eine maximale Gleichvertei-lung, 1 eine maximale Ungleichverteilung bedeuten). Nicht nur sind die Bodenpreise in Deutschland niedriger als in England, auch die Einkommensverteilung ist gleichmäßiger. Auch für andere Industrienationen gilt wie für Schwellen- und Entwicklungsländer: Ein bes-terer Zugang zu »Land« i.w.S. ergibt eine gleichmäßigere Verteilung.

Das Henry George-Theorem

stellt ist. Formalisiert wurde das Henry Ge-orge-Theorem u.a. 1979 durch Arnott/Stig-litz zuerst für die kommunale Ebene, mitt-lerweile wird es verallgemeinert (S. 37 ff.). Nach dem Henry George-Theorem wäre die ökonomische Rente die Abgabenquelle der Wahl (s. Abbildung 3):

Nach dem Henry George-Theorem können die öffentlichen Güter (Infrastruktur, Sicher-heit, Bildung, Gesundheit) unter bestimm-ten Bedingungen vollständig aus den Bo-denrenten finanziert werden. Das Theorem kann aber auch umgekehrt gelesen werden: Danach werden die Bodenrenten erst durch die öffentlichen Leistungen erzeugt. Der Staat kann insoweit als »rent creating institution« verstanden werden.

Das hat weitreichende Konsequenzen, u.a. für die Bepreisung von öffentlichen Gütern. Ein Beispiel: Verbindet man heutzutage Stadt A und B mit einer Bahnlinie, werden Boden-renten und Bodenwerte in beiden Städten an-steigen. Lässt man deren Privatisierung zu, profitieren von diesem Anstieg die privaten Grundeigentümer. Als Folge müssen – wie heute üblich – in den Fahrpreisen die vollen Kosten (auch für die Bahntrasse) von den Fahrgästen eingefordert werden. Würde man hingegen die Bodenrenten vergemeinschaf-ten, könnten die Bahnen zu Grenzkosten fah-ren (also nur zu Betriebskosten, ohne die Fix-kosten der Infrastruktur abzudecken). Öff-entliche Güter könnten grundsätzlich zu Grenzkosten- anstatt zu Vollkostenpreisen ab-gegeben werden. BahnCard 50-Preise für alle hätte sowohl soziale wie auch ökologische Konsequenzen (mehr Verkehr auf der Schie-ne). Dies ist keine graue Theorie, sondern wurde z.B. bereits in Hongkong praktiziert. Werden jedoch die Bodenrenten privatisiert und damit der durch das Henry George-Theo-rem beschriebene sachgesetzliche Zusam-menhang durchbrochen, müssen die öffent-lichen Güter durch Steuern aus Kapital und Arbeit finanziert werden. Dabei trifft es in der Regel das Kapital weniger, weil es mobil ist und flüchten kann. Betroffen ist dafür vor allem der Faktor Arbeit, über die Lohnsteu-er. Typisch ist der Übergang vieler Staaten (so auch von Deutschland) zu einer »dualen Einkommensteuer«, welche Kapitaleinkünfte zu Lasten der Arbeitseinkünfte entlastet.



Man könnte die Bodenrenten an die erziehenden Mütter und Väter auszahlen oder daraus ein Grund-einkommen finanzieren, um so jedem Bürger den Zugang zu den daseinsnotwendigen öffentlichen Gü-tern zu ermöglichen.

Abbildung 1 hat auch verteilungspolitische Folgen: Ohne Eigenkapital gibt es keinen Zugang zu »Land« i.w.S., und damit keinen Zugang zu Renten und Gewinnen. Hierzu ein Beispiel (S. 136 f.): Das Verhältnis von Im-mobilienpreisen zu Einkommen (price-inco-me-ratio) liegt in Deutschland nur bei rund

Durch die Entkopplung von Nutznießern und Lastenträgern entsteht auch ein schwerwie-gendes Problem für die öffentlichen Finanzen. Dieses erschließt sich erst über das sog. »Hen-ry George-Theorem« (»Golden Rule of Local Public Finance«), das nachfolgend in vereinfach-ter und verallgemeinerter Form darge-

In vielen Staaten wird der Zahltag zudem über die Aufnahme von Schulden in die Zukunft verschoben und damit auf künftige Generationen abgewälzt. Die damit einhergehende Zinsproblematik ist der Leserschaft bekannt. Will man dies vermeiden, heißt es sparen: Die öffentlichen Güter werden dann nur unzureichend zur Verfügung gestellt, was z.B. weniger Schulen und Polizei oder Schlaglöcher in den Straßen bedeutet.

»Private« bedeutet »berauben«

»Private« stammt aus dem Lateinischen und bedeutet »berauben«. Erst der Steuerstaat sichert den Diebstahl am »Public Value« (A. Marshall) über die Privatisierung der ökonomischen Rente ab. Der Steuerstaat ist für die Auflösung der durch das Henry George-Theorem statuierten Entsprechung zwischen öffentlichem Gut und ökonomischer Rente verantwortlich, und damit zu einem wesentlichen Teil für die damit erzeugte Entkopplung

»Über die Entkopplung von Nutzen und Lasten ist der Steuerstaat ein wesentliches Element der heutigen Umverteilung von unten nach oben.«

le verfolgt; man denke an das Drohnendeckel oder Stuttgart 21). Über die Entkopplung von Nutzen und Lasten ist der Steuerstaat also ein wesentliches Element der heutigen Umverteilung von unten nach oben. Proudhon, der Gesell maßgeblich beeinflusste, hatte dies schon gesehen (S. 143). Auch Gesell hatte erkannt, dass Rente und Staat zusammengehören. Er bezog sich hierbei auf den Zoll (der auch rechtlich wie eine Steuer behandelt wird), schlug allerdings nicht mehr den Bogen bis zur grundsätzlichen Infragestellung des Steuerstaates. An dieser Stelle ist seine Theorie unvollständig.

denrente abzudecken, geht schon auf die Physiokraten zurück (»impôt unique«). Henry George griff sie später wieder mit seiner »Single Tax« auf. Nur die Bodenrente i.w.S. sollte zur Finanzierung des Staates dienen, alle anderen Steuern sollten abgeschafft werden. Obwohl sich die Freiheitsbewegung selber als »neophysiokratisch« apostrophierte und auch Gesell Henry George zumindest vom Hörensagen her kannte, sah er augenscheinlich nicht diesen Aspekt in seiner ganzen Tragweite. Stattdessen wollte Gesell die Bodenrente als Kindergeld verwenden. Geht man von einem Bodenrentenpotenzial in Höhe von ungefähr einem Viertel des Volkseinkommens aus, würde man rechnerisch für diese »Mütterrente« auf eine Größenordnung von ca. 25.000 Euro pro Kind und Jahr kommen (zum Vergleich: das durchschnittliche Nettogehalt betrug 2012 ca. 24.000 Euro). In Anbetracht dieser erheblichen Summe kann man jedoch ebenso darüber nachdenken, das Bodenrentenpotenzial dafür zu nutzen, mittels eines Grundeinkommens allen Menschen den Zugang zu den daseinsnotwendigen öffentlichen Gütern zu sichern bzw. die herkömmlichen Steuern größtenteils abzuschaffen.

Bodenrente und Steuern

Nicht unerwähnt bleiben soll schließlich auch der Zusammenhang zwischen der Höhe der Bodenrente und der Besteuerung. Einerseits ist der Steuerstaat als der durch Sonderinteressen betriebene (erfolgreiche) Versuch zu interpretieren, die ökonomischen Renten zu schonen. Die gesamtwirtschaftliche Logik macht jedoch einen – wenngleich dünnen – Strich durch die Rechnung; am Ende müssen nämlich auch die (Boden-) Renten bluten. Die (Boden-) Renten stellen ein Residuum dar (s. oben), nämlich die Differenz zwischen dem Volkseinkommen einerseits und den Zinsen und Löhnen andererseits. Sie sind der Rest, der nach Zahlung der Faktoreinkommen für Arbeit und Kapital noch verbleibt. Soweit Steuern Arbeit und Kapital belasten, erhöhen sie deren Kosten und mindern damit eben auch die (Boden-) Renten.

Als Residuum zwischen Volkseinkommen und Kosten für Arbeit und Kapital können die (Boden-) Renten auch als sozialer Überschuss (Gewinn) interpretiert werden, der durch die Steuerbelastung von Arbeit und Kapital entsprechend geschmälert wird.

Die Steuer geht also am Ende zu Lasten der Renten (»all tax comes out of rent«).



Würden die Bodenrenten vergemeinschaftet, könnte zum Beispiel das Bahnfahren günstiger werden, denn die Kosten der Infrastruktur könnten aus den Bodenrenten abgedeckt werden.

lung von Nutzen und Lasten der Staatsfinanzierung. Steuern sind per definitionem Zahlungen des Bürgers ohne Anspruch auf konkrete Gegenleistung; diese fließen also in einen großen Topf und können für alles Mögliche verwendet werden. Die Administration gibt dann Geld aus, das keiner besonderen Zweckbindung unterliegt – und dabei handelt es sich auch noch um das Geld anderer Leute, nämlich der Steuerzahler. Dies alles führt a) zu Steuervermeidung seitens der Bürger (die keine Gegenleistung sehen) und b) zu Verschwendung seitens der Administration (die mit dem Geld der Bürger eigene Ziele

Verwendungsmöglichkeiten

Bei dem vom Henry George-Theorem statuierten Zusammenhang sprechen wir im Übrigen von einem Rentenpotenzial in der Größenordnung von einem Viertel bis zu einem Drittel des Volkseinkommens (das allerdings wieder durch das Steuersystem selber beschnitten wird, s. unten). Über ein aus diesen Renten finanziertes Grundeinkommen könnte jeder Bürger eine Garantie für den Zugang zu den daseinsnotwendigen öffentlichen Gütern erhalten (S. 155 ff.).

Die Idee, den Staatshaushalt bzw. die öffentlichen Güter ausschließlich durch die Bo-

Ökonomische Renten:

Dies sind Erträge, denen keine Kosten gegenüberstehen - wenigstens einzelwirtschaftlich. Allerdings gibt es nichts umsonst. Irgendjemand wird immer belastet, und sei es durch Verzichtskosten. Das Muster: Gut organisierte Gruppen streichen die ökonomischen Renten ein, die Kosten werden auf schwach organisierte Gruppen abgewälzt. Unsere Eigentumsordnung leistet dem Vorschub. Sie differenziert nicht zwischen Eigentum, das auf Leistung gründet und solchem, das ursächlich auf Usurpation beruht. Die »Erb-sünde« ist das Privateigentum an Land und die daraus fließenden Renten. Land stellt die Blaupause für die »Einfriedung« weiterer Allmenden dar, deren Inwertsetzung aber zu Lasten der Allgemeinheit geschieht. Die



Dirk Löhr
Prinzip Rentenökonomie
– Wenn Eigentum zu Diebstahl wird. Mit einem Geleitwort von Gerhard Scherhorn, 198 S., metropolis Verlag 2013, Preis: 22.00 €

Entkopplung von Nutzen und Kosten in der Rentenökonomie wäre daher nicht ohne die Entkopplung von Leistung und Gegenleistung im Steuerstaat möglich. So wird z.B. Infrastruktur öffentlich finanziert, die ökonomischen Renten hieraus werden aber privatisiert. Entkoppelt man aber einerseits in der Rentenökonomie Nutzen und Kosten, droht hier Marktversagen; entkoppelt man andererseits im Steuerstaat Einnahmen und Ausgaben, ist die Folge dort Staatsversagen. Nötig ist daher eine Politik, die konsequent und gegen den Widerstand von Interessengruppen die Wechselseitigkeit von privaten Nutzen und Kosten sowie staatlichen Einnahmen und Ausgaben herstellt.

Zudem wird auch die Wirtschaftstätigkeit durch die Steuer entmutigt (»steuerliche Zusatzlasten«), was das Volkseinkommen schmälert, aus dem Arbeits- und Kapitalkosten aufgebracht werden müssen. Auch dies geht zu Lasten der (Boden-) Renten (»excess burden comes out of rent«). Je höher die Belastungswirkungen des Steuersystems, umso geringer also der soziale Überschuss (Rente) (S. 144 ff.). Doch diese Verluste nimmt die Rentenökonomie in Kauf – verbleiben doch unterm Strich immer noch genügend privatisierte Renten (v.a. im Kleid von Unternehmensgewinnen), um den laufenden Umverteilungsprozess gehörig zu schüren.

Dass Deutschland trotz vergleichsweise hoher Einkommen in der Vergangenheit wenig unter (Immobilien-) Preisblasen gelitten hat, ist – so paradox es erscheinen mag – neben den hohen Realzinsen auch dem im internationalen Vergleich einzigartig ineffizienten Steuer- und Abgabensystem zu »verdanken«, das insbesondere den Faktor Arbeit und den Verbrauch belastete. Der Preis für die relative Ruhe an der »Bodenfront« ist der durch das absurde deutsche Steuersystem verlorene soziale Überschuss. Wahrscheinlich wird auch deswegen die Besteuerung in Deutschland als ein weitaus größeres Problem als die Bodenproblematik wahrgenommen.

Zum Schluss

In diesem Beitrag konnten nur einige Schlaglichter auf die Landproblematik mit ihren viel-

fältigen Dimensionen geworfen werden. Viele Aspekte mussten außen vor bleiben. Wenn ich dennoch einige Leser davon überzeugen konnte, dass die Sache einer näheren Betrachtung wert ist, ist das Ziel erreicht. Während die Freiwirtschaft seit Gesells Zeiten vor allem im Bereich des Geldwesens und der Zinstheorie weiterentwickelt wurde, bestand in der Bodenfrage weitgehender Stillstand. Im Allgemeinen wird die Bodenfrage heutzutage vor allem aus der eigentumsrechtlichen Perspektive behandelt. Bedeutsam ist jedoch, was sich wirtschaftlich hinter dem jeweiligen Rechtskleid verbirgt. Spekulation ist auch bei formell staatlichem Eigentum möglich, wenn die Renten privatisiert werden – wie u.a. das Beispiel China zeigt, wo die Immobilienblase mittlerweile gefährliche Dimensionen angenommen hat und die Spaltung der Gesellschaft zwischen Arm und Reich massiv voranschreitet. Heutzutage geschieht Land Grabbing zu einem erheblichen Teil mit öffentlichen Konzessionen, deren Erträge allerdings größtenteils privatisiert werden.

Bedeutsam ist auch die Verknüpfung der Rentenproblematik mit dem Steuersystem und dem Wesen des Staates. Die Befassung mit der Rolle des Staates wurde teilweise über die Auseinandersetzung mit der ordoliberalen Schule geleistet. Der Transfer in die freiwirtschaftliche Diskussion ist insbesondere ein Verdienst des Seminars für freiheitliche Ordnung in Bad Boll. Doch bislang wurde kein

systematischer Zusammenhang zwischen dem Wesen des Staates einerseits und Steuer wie Rente andererseits hergestellt. Hier bietet sich eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Anhängern von Henry George an, die diese Konzepte grundlegend weiterentwickelten und dabei im deutschen Sprachraum nahezu unbeachtet blieben (obwohl das Hauptwerk von Henry George, »Fortschritt und Armut«, mehr als drei Millionen mal verkauft wurde und damit einen wirtschaftspolitischen Bestseller darstellt). Möglicherweise spielte hier auch die Sprachbarriere eine gewisse Rolle.

Aber: Sowohl Gesell als auch George haben Stärken und Schwächen. Schon Michael Flürscheim wies Henry George auf die Schwächen seiner Kapitaltheorie hin (was viele Georgisten nicht wahrhaben wollen). Auch sind die Vorschläge Gesells zur Pachtversteigerung m.E. konsequenter als die Steuervorschläge von Henry George. Allerdings war die konzeptionelle Durchdringung der Bodenrente bei Henry George wesentlich tiefer als bei Gesell. Genauso wenig wie George das Kapitalthema abschließend behandelte, trifft dies für den Themenkomplex Land, Rente, Steuer und Staat bei Gesell zu. George und Gesell ergänzen sich wie ein Puzzle – es gilt, die Teile zusammensetzen.

Gesell wie George sind heute aktueller denn je. In der zunehmenden öffentlichen Diskussion über Land Grabbing und steigende Mieten verdienen beide Reformer Beachtung und Auseinandersetzung. Wollen wir mehr als Lippenbekenntnisse zur Gerechtigkeit, sollten wir uns endlich auch tiefgehender mit der Bodenfrage beschäftigen. ■



Dirk Löhr arbeitete nach dem Studium an der Ruhr Universität Bochum u.a. als wissenschaftlicher Assistent, Mitarbeiter in einer Steuerberatungsgesellschaft, Prokurist in einem internationalen Hotelkonzern und als Hauptabteilungsleiter für die Deutsche Bahn

AG. Seit 1997 ist Löhr als Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomie an der Hochschule Trier tätig, seit 2001 nebenberuflich als Steuerberater in einer Heidelberger Kanzlei. Weitere Nebentätigkeiten umfassten u.a. die Tätigkeit als Consultant für die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ; Sicherung der Landrechte in Kambodscha, bis 2011) sowie die Mitgliedschaft im Gutachterausschuss für die Ermittlung von Grundstückswerten im Bereich Rheinhessen-Nahe (fortlaufend).

Finanzkrise – Bodenmärkte – Welternährung



Auch die 52. Mündener Gespräche beschäftigen sich mit dem Zusammenhang von Geldsystem und Bodenordnung in Zeiten der Finanzkrise und zunehmenden Landgrabblings sowie vermehrter Spekulation an den Nahrungsmittel- und Rohstoffmärkten. Die Tagung findet am Wochenende 12./13. Oktober 2013 in der Reinhardswaldschule in Fulda-Simmershausen statt.

Spätestens im Herbst 2008 ist die Krisenanfälligkeit des westlichen Kapitalismus offenkundig geworden. Das Kartenhaus des globalen Finanzsystems wurde zwar mit milliardenschweren Bankenrettungspaketen vor einem Kollaps bewahrt; aber in der damit gewonnenen Zeit wurden die Probleme bislang nicht gelöst, sondern nur hinausgeschoben. Bei gegen Null sinkenden Leitzinsen wird die herkömmliche Geld- und Zinspolitik wirkungslos und die Notenbanken tasten sich vorsichtig an das Neuland negativer Leitzinsen heran. Können in dieser Situation alternative Geldsysteme helfen, die Finanzmärkte grundlegend zu stabilisieren?

Das andere große Problemfeld, um das es auf dieser Tagung gehen soll, sind die Boden- und Rohstoffmärkte, die durch ihre Fehlstruk-

turen zum Angriffsziel der internationalen Finanzmärkte geworden sind. Rund um die Welt kaufen oder pachten Staaten, Finanzinvestoren und Konzerne in großem Umfang Land, um Nahrungsmittel und Energie zulasten der lokalen Versorgung für ihren Verbrauch zu sichern oder damit zu spekulieren. Die in den letzten Jahren entstandene ›Flächenkonkurrenz‹ zwischen dem Anbau von Nahrungsmitteln und Energiepflanzen wird dadurch zusätzlich angeheizt – mit der Folge steigender Preise für Nahrungsmittel, die sich ein wachsender Teil der Weltbevölkerung immer weniger leisten kann. Vor dem Hintergrund eines weltweit steigenden Verbrauchs von Energie, Wasser und sonstigen Rohstoffen führt dies zu einer zusätzlichen Zuspitzung der Konflikte um Land und löst schon heute leidvolle Migrationen aus.

In den Vorträgen und Diskussionen sollen Erscheinungsformen und Ausmaße der modernen Landnahme ebenso verdeutlicht werden wie die vielfältigen Gegenbewegungen. Als ein wegweisendes Beispiel für eine naturverträgliche Landwirtschaft wird das Sekem-Projekt in Ägypten vorgestellt, für das sein Gründer Dr. Ibrahim Abouleish den Alternativen Nobelpreis bekommen hat. Darüber hinaus stellt sich ganz grundsätzlich die Frage, wie für jeden Menschen auf der Erde unveräußerliche Landnutzungsrechte verwirklicht werden können. Könnten ältere und neuere Konzeptionen von Landreformen zur Überwindung des aktuellen Landgrabblings beitragen? Und schließlich: wie hängen Finanzkrise und Bodenspekulation zusammen? In welchem Verhältnis stehen die auf beiden Gebieten notwendigen Reformen zueinander? ■

Programm

Samstag, 12. Oktober 2013

- 9.30 Uhr Eröffnung der Tagung und Einführung in das Thema
Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude, Steinfurt und Ass. jur. Fritz Andres, Kirn
- 10.00 Uhr Hintergründe der Finanzkrise - Wege in eine menschengerechte Wirtschaft
Prof. Dr. Christian Kreiß, Hochschule Aalen
- 10.45 Uhr Kurze Pause
- 11.00 Uhr Können Geldreformgedanken zur Überwindung der Finanzmarkt- und Schuldenkrise beitragen?
Prof. Dr. Johann Walter, Westfälische Hochschule, Gelsenkirchen
- 11.45 Uhr Diskussion zu den beiden Vorträgen
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 14.30 Uhr Bodenrausch – Spekulation mit Boden und Lebensmitteln
Dr. Wilfried Bommert, Institut für Welternährung, Nümbrecht
- 15.15 Uhr Kurze Pause
- 15.30 Uhr Land Grabbing und das globale Ernährungssystem – die Bedeutung von Land in einem globalen Transformationsprozess
Roman Herre, FIAN-Deutschland, Köln
- 16.15 Uhr Kaffeepause
- 16.45 Uhr Diskussion zu den beiden Vorträgen
- 18.00 Uhr Abendpause
- 20.00 Uhr Biologische Landwirtschaft und neues Wirtschaften in der SEKEM-Initiative im ägyptischen Nildelta
Bijan Kafi, SEKEM-Freunde Stuttgart, Beauftragter für die Öffentlichkeitsarbeit der Sekem-Initiative in Europa, Stuttgart

Sonntag, 13. Oktober 2013

- 9.00 Uhr Der Value macht den Job – Berlin zwischen urbanem Land Grabbing und Liegenschaftsfonds
Prof. Dr. Fabian Thiel, FH Frankfurt
- 9.45 Uhr Kurze Pause
- 10.00 Uhr Die unsichtbare Hand grabst nach Geld und Land
Prof. Dr. Dirk Löhr, Hochschule Trier – Umwelt-Campus Birkenfeld
- 10.45 Uhr Pause
- 11.15 Uhr Podiumsdiskussion und zusammenfassendes Rundgespräch
- 12.30 Uhr Ende der Tagung

Änderungen vorbehalten!

Anmeldung und Tagungsgebühr

Das Anmeldeformular finden Sie unter: www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de
Bitte richten Sie Ihre Anmeldung ausschließlich an:
Dipl. Betriebswirt (FH) Christopher Ranft, Am Römerweg 4, 84424 Isen, E-Mail: c.ranft@gmx.net

Die Tagungsgebühr beträgt 25 €, für Tagesgäste 15 € (Richtsatz). Studierende, Auszubildende und Arbeitslose zahlen keine Tagungsgebühr.

Tagesgäste ohne Übernachtung und Verpflegung sind willkommen.

Silvio Gesells Kritik am privaten Bodeneigentum – und seine Vorschläge für eine Bodenreform

Im folgenden beschreibt Bernd Senf, in welche Richtung die Vorstellungen Silvio Gesells bezüglich einer grundlegenden Reform des Bodenrechts gingen. In dessen Buch »Die Natürliche Wirtschaftsordnung« (1916) nimmt die Auseinandersetzung mit der Problematik privaten Bodeneigentums und mit der Frage nach möglichen Alternativen zur Überwindung der Bodenspekulation einen breiten Raum ein und wird sogar noch vor der Zinsproblematik behandelt.

Die private Aneignung des Bodens durch Wenige betrachtete Gesell als etwas zutiefst Unmenschliches. Denn die vielen ins »Bodenlose« geratenen Menschen werden von der Nutzung des Bodens erst einmal ausgesperrt, und ein Teil des Bodens wird ihnen allenfalls gegen Zahlung einer regelmäßigen Bodenrente zur Nutzung überlassen.

Bodeneigentum und materielle Entwurzelung

Mit drastischen Formulierungen, die für ein wissenschaftliches Werk ungewöhnlich sind, versuchte Gesell, den Lesern die Absurdität und Brutalität bzw. die strukturelle Gewalt des Privateigentums an Boden nahe zu bringen. Man könnte fast meinen, daß es sich dabei um indianische Weisheiten handelt.

Silvio Gesell über das Bodeneigentum:

»Die Erde gehört zum Menschen, sie bildet einen organischen Teil seiner selbst; wir können uns den Menschen ohne die Erde ebensowenig denken wie ohne Kopf und Magen ...« (S. 117)

»Die ganze Erdkugel, so wie sie da im prächtigen Flug um die Sonne kreist, ist ein Teil, ein Organ des Menschen, jedes einzelnen Menschen.

Dürfen wir nun gestatten, daß einzelne Menschen Teile dieser Erde, Teile von uns selbst, als ausschließliches und ausschließendes Eigentum in Beschlag nehmen, Zäune errichten und mit Hunden und abgerichteten Sklaven uns von Teilen der Erde abhalten, uns ganze Glieder vom Leib reißen? Bedeutet ein solches Vorgehen nicht dasselbe, wie eine Verstümmelung an uns selbst?

Man wird vielleicht diesen Vergleich nicht gelten lassen wollen, weil das Abschneiden eines Grundstücks nicht mit Blutverlust ver-

**»Die wirtschaftlichen Einrichtungen, die das Zerfallen der Völker in verschiedene Klassen bedingen und zum Bürgerkrieg treiben, sind in allen Kulturstaaten von Anfang an bis auf den heutigen Tag dieselben gewesen: Das Bodenrecht und das Geld.«
(Silvio Gesell)**

bunden ist. Blutverlust! Wäre es doch nur gemeiner Blutverlust! Eine gewöhnliche Wunde heilt; man schneidet ein Ohr, eine Hand ab: Der Blutstrom versiegt, die Wunde vernarbt. Aber die Wunde, die uns die Amputation eines Grundstücks am Leib hinterläßt, eitert ewig, vernarbt nie. An jedem Zinszahlungstag springt die Wunde immer wieder auf, das rote goldene Blut fließt in Strömen ab. Bis aufs Weiße wird da der Mensch geschröpft, blutleer wankt er einher. Das Abschneiden eines Grundstücks von unserem Leib ist der blutigste aller Eingriffe, er hinterläßt eine jauchige, klaffende Wunde, die nur unter der Bedingung geheilt werden kann, daß das geraubte Glied wieder angesetzt wird.« (S. 118).

Quelle: Die Natürliche Wirtschaftsordnung, S. 118.

Dabei geht es natürlich nicht um das »Abschneiden eines Grundstücks«, sondern letztlich um die in der Geschichte ursprünglich mit



Den Bezug zur Lebensgrundlage – wer hat ihn noch?

brutaler Gewalt durchgesetzte Abtrennung der Menschen von ihren natürlichen materiellen (und auch spirituellen) Lebensgrundlagen – und die Aneignung des Bodens durch wenige, die später durch ein entsprechendes Bodenrecht und Erbrecht als rechtes festgeschrieben wurde. Was von der Kirche im Feudalismus als gottgewollte Ordnung abgesegnet wurde, was die Physiokraten wie selbstverständlich dem Adel zugestanden und Smith und Ricardo den privaten Bodeneigentümern, wurde nun von Gesell in drastischer Schärfe hinterfragt und kritisiert: Das Abzweigen eines Teils des Sozialprodukts nicht aufgrund geleisteter eigener Arbeit, sondern aufgrund eines bloßen Eigentumstitels an Boden, auf dessen Nutzung die anderen angewiesen waren bzw. sind; das Abzweigen einer »Bodenrente« – neben dem Zins ein zweites leistungsloses Einkommen.

gesellschaftlicher Konflikte und Krisen, als eine Art permanenten Kriegszustand zwischen einer gesellschaftlichen Minderheit und der großen Mehrheit, als Wurzel sozialer Spannungen, die sich vielfach in Kriegen nach außen entladen.

»Die Ursache des in allen Kulturstaaten herrschenden bürgerlichen Kriegszustands ist wirtschaftlicher Natur. Die durch naturwidrige menschliche Einrichtungen gesetzmäßig sich einstellende Klassenschichtung der Kulturvölker ist der Wirkung nach mit Kriegszustand gleichbedeutend. Haben doch in früheren Zeiten die Kriege und Sklavenjagden nie etwas anderes bezweckt, als genau denselben Zustand gewaltsam zu schaffen, den wir heute als »bürgerliche Ordnung« bewundern, nämlich die Schaffung eines besonderen Arbeiterstandes, auf den die herrschende

in allen Kulturstaaten von Anfang an bis auf den heutigen Tag dieselben gewesen: Das Bodenrecht und das Metallgeld (bzw. das diesem nachgeäffte Papiergeld), uralte Einrichtungen, soziale Spaltpilze und Sprengkörper, die schon die Staaten des Altertums in Trümmer legten und auch wieder mit unserer Kultur fertig werden, wenn wir uns nicht rechtzeitig noch davon befreien. Solange wir mit unseren Neuerungsbestrebungen und Umwälzungen vor den genannten beiden wirtschaftlichen Einrichtungen halt machen, ist kein Friede möglich, weder nach innen noch nach außen.« (S. 78)

Auf den ersten Blick könnte man meinen, daß die Gedanken von Gesell bezüglich des Bodeneigentums denen von Marx und Engels sehr ähnlich sind, die ja (neben dem Privateigentum an Produktionsmitteln) auch das Privateigentum an Boden bezüglich seiner historischen Entstehung untersucht und bezüglich seiner Legitimation hinterfragt hatten.

Und dennoch sind die Konsequenzen, die Marx und Engels einerseits und Gesell andererseits aus ihrer Kritik ableiteten, völlig verschieden. Marx und Engels hatten die Vorstellung, daß mit einer sozialistischen Revolution auch das Privateigentum an Boden aufgehoben werde, daß die Bodeneigentümer mit revolutionärer Gewalt entschädigungslos enteignet werden und daß der Boden verstaatlicht oder vergesellschaftet wird, um ihn dann kollektiv zu nutzen.

Für den Agrarbereich bedeutete dies die Kollektivierung der Landwirtschaft, die Bearbeitung des Bodens durch Kollektive, in die sich der einzelne Bauer einzufügen hatte - was später überall dort, wo es zwangsweise durchgesetzt wurde, erheblichen Widerstand von Seiten der Bauern hervorrief und Versorgungskrisen nach sich zog, und oftmals weitere staatliche Gewalt zur Brechung dieses Widerstands provozierte.

Gesells Vision einer Bodenreform

Das Modell einer Bodenreform entsprechend den Gedanken von Gesell sah demgegenüber völlig anders aus. Das Privateigentum an Boden sollte nach und nach auf friedlichem Wege und mit angemessener Entschädigung der Bodeneigentümer in öffentliches Eigentum überführt werden, indem anstelle der Bodenrente eine Entschädigung auf Raten vom Staat an die Eigentümer gezahlt werden sollte. Der Staat (zum Beispiel in Form der Gemeinde) sollte den Boden dann verpachten, damit er auch individuell oder von Genossenschaften gegen Zahlung einer angemessenen Pacht bewirtschaftet werden konnte. Die Pachtzinsen fließen nach diesem Modell nicht mehr privaten Bodeneigentümern zu, sondern dem Staat der daraus die Entschädigungsraten finanzieren kann; und der Bo-



»houseball« – Skulptur von Claes Oldenburg und Coosje van Bruggen als Symbol für das Leid von Flüchtlingen. Flucht ist auch eine Folge des Landgrabbing und der Konflikte um den Boden

Die scheinbar so selbstverständliche Verknüpfung von Boden und Eigentum wurde von Gesell radikal in Frage gestellt, und er entwickelte Perspektiven einer Befreiung des Bodens vom Privateigentum, ohne ihn aber deshalb kollektiver Nutzung zuführen zu wollen.

Privateigentum an Boden als Konfliktursache

So sehr wir uns auch an die private Bodenordnung gewöhnt haben, so sehr betrachtete Gesell sie doch – neben dem Zinssystem – als weitere tiefere Ursache grundlegender

Schicht alle Mühseligkeiten des Lebens abwälzen konnte! Diese Zweiteilung des Volkes in Rentner und Lasttiere ist widernatürlich und kann darum nur durch Gewaltmittel, körperliche und seelische, aufrechterhalten werden. Gewalt aber fordert Gewalt heraus; sie ist der Krieg.«

(Natürliche Wirtschaftsordnung, S. 77)

»Die wirtschaftlichen Einrichtungen, die das Zerfallen der Völker in verschiedene Klassen bedingen und zum Bürgerkrieg treiben, sind

**»Haben doch in
früheren Zeiten die
Kriege und Sklavenjagden
nie etwas anderes
bezweckt, als genau
denselben Zustand
gewaltsam zu schaffen,
den wir heute als
>bürgerliche Ordnung<
bewundern.«
(Silvio Gesell)**

den kann auch nicht mehr Gegenstand der privaten Bodenspekulation oder der Vererbung werden. Lediglich das Recht auf Pacht kann vererbt werden (»Erbpacht«), so daß ein Grundstück durchaus über mehrere Generationen von einer Familie genutzt werden kann.

In dem Maße, wie die staatlichen Entschädigungszahlungen auslaufen, sollten die Pachteinnahmen des Staates dazu verwendet werden, um den Müttern entsprechend der Anzahl ihrer Kinder eine monatliche »Mütterrente« (Muttergeld oder Kindergeld) zu zahlen und sie insoweit finanziell unabhängig vom Mann werden zu lassen.

Das freiwirtschaftliche Bodenreformmodell

- keine entschädigungslose oder gar gewaltsame Enteignung
- und keine Kollektivierung,
- sondern allmähliche Überführung von Privateigentum in öffentliches Eigentum,
- mit angemessenen Entschädigungsraten
- und Verpachtung zur individuellen Nutzung des Bodens
- unter Zahlung einer angemessenen Pacht in einen staatlichen Fonds,
- aus dem zunächst die Entschädigungsraten finanziert,
- später ein regelmäßiges Muttergeld gezahlt werden soll.

Bodenrente als Grundlage einer sozialen Absicherung der Mütter

Das Modell einer »Mütterrente« erscheint aus heutiger Sicht ambivalent, worauf Werner Onken in seiner Schrift »Umriss einer weiblichen und männlichen Ökonomie« hingewiesen hat. Einerseits ist Gesell unter den Ökonomen ziemlich der einzige, der überhaupt das Geschlechterverhältnis mit in seine ökonomischen Betrachtungen einbezogen hat. Andererseits war er, was die traditionelle Rolleinteilung zwischen Mann und Frau betrifft, in mancher Hinsicht auch Gefangener seiner

Zeit, indem er die Frauen wesentlich auf ihre Mutterrolle festlegte und sie dabei allerdings aus ihrer finanziellen und sexuellen Abhängigkeit gegenüber dem Mann befreien wollte – für damalige Verhältnisse eine enorm fortschrittliche Vorstellung, aus heutiger feministischer Sicht freilich sehr problematisch. Werner Onken, Herausgeber der »Gesammelten Werke« von Silvio Gesell, schreibt hierzu:

»Mit allen Licht- und Schattenseiten seiner Auffassungen zur Frauenfrage ist Gesell noch immer der einzige männliche Ökonom, bei dem die Frauenfrage ein fester Bestandteil eines ökonomischen Theoriegebäudes ist. Er hat dazu Gedanken entwickelt, an die andere Männer in der herrschenden und auch in der alternativen Ökonomie nicht im entferntesten gedacht haben. Die Beziehungen zwischen Frauen und Männern wollte er mit Hilfe der »Mütterrente« auf eine von Ausbeutung, Macht und Gewalt freie Liebe gründen und auch der Prostitution, zu der inzwischen der professionelle Frauen- oder sogar Mädchenhandel hinzugekommen ist, die wirtschaftliche Grundlage entziehen. Eine von staatlichen und kirchlichen Bevormundungen freie Sexualität sollte ein Ausdruck einer solchen freien Liebe und Lebensfreude sein und glückliche Kinder sollten ihre Früchte sein, statt daß sie als Armutrisiko gescheut werden.«

Werner Onken versucht in der schon erwähnten Schrift, Brücken zwischen den vorwärtsweisenden Teilen der Gesellschen Theorie und der heutigen Frauenbewegung zu bauen, die sich zum Teil durch manche mißverständlichen oder problematischen Formulierungen von Gesell abgeschreckt fühlt, wenn sie ihn nicht völlig ignoriert.

Bodenreform als Chance für ein neues Geschlechterverhältnis

»Wer sich die Mühe macht, sich in Gesells Modell einer natürlichen Wirtschaftsordnung hineinzufühlen und hineinzudenken und aus heutiger Sicht kritisch zu prüfen, kann in dieser Alternative zu den ganz und gar männlichen Ökonomien der Neoklassik und des Marxismus immerhin Ansätze für eine nachkapitalistische Marktwirtschaft ohne Geschlechterhierarchie finden. Über ihre noch zeitbedingten patriarchalischen Schwächen hinausgehend, lassen sie sich in Richtung auf eine größere Flexibilität der Geschlechterrollen weiterentwickeln. Sobald ein aus der Bodenrente finanziertes Gehalt für die Hausarbeit und Kindererziehung den »kleinen Unterschied« zwischen Frauen und Männern auf wirtschaftlicher Ebene ausgleicht und sobald beide Geschlechter nicht mehr durch den Zins ausgebeutet werden, schafft eine leistungsgerechtere Einkommensverteilung auch die Voraussetzungen für eine flexiblere Gestaltung der

Arbeitszeiten. Sie könnte für Frauen und Männer auch Möglichkeiten eröffnen, Haus- und Erwerbsarbeiten anders als bisher untereinander aufzuteilen und überhaupt ihre Arbeiten neu zu definieren. Anstelle der traditionellen patriarchalischen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern können sie die Haus- und Erwerbsarbeit je nach ihren individuellen Wünschen innerhalb eines breiten Spektrums selbst aufteilen, das von der Nur-Hausfrau oder dem Nur-Hausmann über eine »neue Mütterlichkeit« und Väterlichkeit bis zur Kinderlosigkeit und Nur-Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern reichen kann. Aus Gesells »Mütterrente« könnte dann ein Gehalt für Mütter und Väter werden – je nachdem welcher von beiden Elternteilen vorübergehend die häusliche Familienarbeit anstelle einer außerhäuslichen Erwerbsarbeit übernimmt. Gemäß diesem Spektrum können sich neben der traditionellen Kleinfamilie auch andere Formen von Lebensgemeinschaften bilden.« (Werner Onken, S. 19)

»Sobald die häusliche Familienarbeit der außerhäuslichen Erwerbsarbeit materiell gleichgestellt wird und sobald beide Geschlechter in freier Übereinkunft die Arbeiten untereinander aufteilen und zwischen den Arbeitsbereichen wechseln können, kann an die Stelle des bisherigen Dualismus von »männlichem« Erwerbsleben und »weiblichen« sozialen Lebenswelten ein nach-patriarchalisches Gleichgewicht der Geschlechter mit fließenden Übergängen zwischen Familien- und Erwerbsarbeit treten.« (S. 19) Diese Überlegungen zum Geschlechterverhältnis in der Ökonomie heben sich deutlich von den diesbezüglichen blinden Flecken fast aller anderen ökonomischen Theorien ab. ■

Dieser Beitrag wurde 1998 verfasst und erstmals 2003 veröffentlicht auf der Website www.berndsenf.de, als Ergänzung zu seinem Buch »Die blinden Flecken der Ökonomie« im Anschluss an Kapitel 6. Online findet sich der vollständige Text unter http://www.berndsenf.de/pdf/Gesells_Kritik_am_Bodeneigentum.pdf



Bernd Senf, geboren 1944, lehrte von 1973 bis März 2009 als Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule für Wirtschaft (FHW) Berlin. Seit April 2009 ist er nur noch frei schaffend tätig – mit Vorträgen, Seminaren, Workshops, Veröffentlichungen und der Begleitung zukunftsweisender Projekte. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit liegt in der allgemeinverständlichen Vermittlung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge. Sein besonderes Interesse gilt einem tieferen Verständnis lebendiger Prozesse und ihrem Verhältnis zur herrschenden Wissenschaft, Ökonomie, Technologie und Moral.

Sommertagung zum Geburtstag von Helmut Creutz

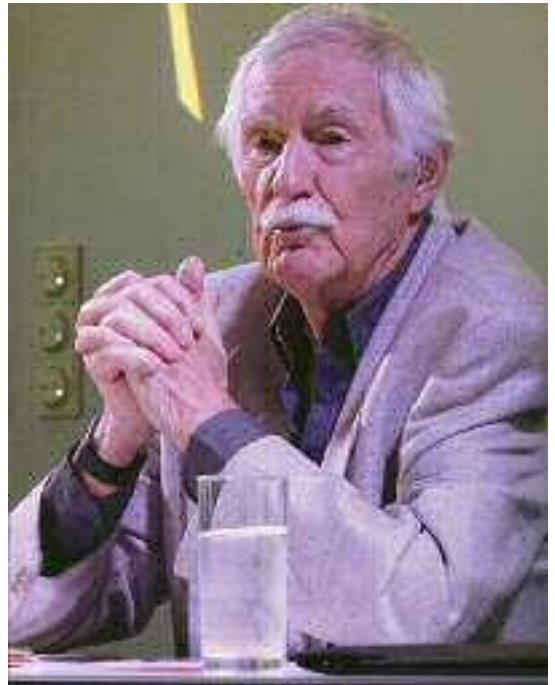
Helmut Creutz ist 90 Jahre alt! Am 13. und 14. Juli wurde sein Geburtstag in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal gebührend gefeiert, gemeinsam mit Lesern der Humane Wirtschaft und vielen Gästen, die sich dem Jubilar verbunden fühlen.

Prof. Günther Moewes erzählte, wie maßgeblich Helmut Creutz seine Arbeit beeinflusst hat, anschaulich gemacht anhand von Analogien zwischen Kapital- und Hochwasserfluten und dem Schutz vor solchen.

Steffen Henke tanzte mit seiner Frau eine Rumba und seine Söhne sorgten mit akustischen Konzerteinlagen für eine zauberhafte Stimmung. Am Abend begeisterte Jonathan Ries mit einer weiteren Tanzvorführung.

Prof. Christian Kreiß machte im zweiten Vortrag deutlich, wie uns der zinsgetriebene Profitwahn in die Krise führte und warum sich eine menschliche Wirtschaft lohnt, in der es keine leistungslosen Einnahmen zur Kapitalvermehrung mehr geben sollte. Er zog zahlreiche Parallelen zu der Weltwirtschaftskrise der 1920er und 30er Jahre.

Am Sonntag erzählte dann der Ehrengast aus eigener Erfahrung hiervon. Helmut Creutz' bewegtes Leben hat im Jahr der Hyperinflation 1923 seinen Anfang genommen und – da die wirtschaftlichen Krisen damals nicht gelöst wurden – ihn als jungen Mann den Krieg am eigenen Leib erleben lassen. Nach dem Krieg konnte zwar auch er vom »Wirtschaftswunder« profitieren und den Wohlstand hierzulande genießen – doch ein Unbehagen blieb, das in ersten Buchveröffentlichungen seinen Nie-



Helmut Creutz bei seinem Vortrag in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte

derschlag fand und schließlich zur intensiven Beschäftigung mit der Geldproblematik führte. Seine Erkenntnisse sind für jeden nachzulesen in seinen Standardwerken »Das Geldsyndrom« und »Die 29 Irrtümer rund ums Geld«.

... und noch ein Fest

Feste muss man feiern wie sie fallen. Und auch dieses Jahr haben wir mit unserem INWO-Infostand wieder »mitgefeiert« bei »das Fest« in Karlsruhe, Süddeutschlands größtem Sport-, Familien- und Musikfestival mit insgesamt über 200.000 Besuchern. Bei hochsommerlichen Temperaturen hatten wir am 20. und 21. Juli die Herausforderung, ohne den Besuchern Eis, gekühlte Getränke oder Zinseszinsen anbieten zu können, diese an unseren Stand zu fesseln – was uns

dank einer tollen Teamarbeit und zweier unermüdlicher Redner bei unseren Kurzvorträgen (Helmut und Jörg) sehr gut gelungen ist.

Mit umfangreichem Anschauungsmaterial (z.B. Schaubilder und INWO-Räderwerk), Informationen zum Mitnehmen (u.a. Standpunkte 1-4, Fairconomy und Humane Wirtschaft) und natürlich mit den berühmten Bierdeckeln sowie eigenen Visitenkarten (www.wo-ist-unser-geld.de) haben wir bei vielen Menschen einen Denkprozess in Gang gesetzt, der uns hoffnungsvoll in die Zukunft blicken lässt. Begrüßen können wir zudem vier neue INWO-Mitglieder, die die Idee des fließenden Geldes ab sofort als Förderer unterstützen.

Die meisten Aktiven unter uns Infostand-Betreuern waren entweder schon sehr erfahren oder haben im letzten Jahr bereits beim »Fest« mitgemacht. Umso erfreulicher ist es, dass uns zwei »Debütanten« unserer Gruppe am Infostand unterstützt und hoffentlich Lust auf mehr bekommen haben.



Jörg Schreiner beim Kurzvortrag

Allen, die diesen Artikel lesen, kann ich nur empfehlen: Als an einer gerechteren Geldordnung Interessierter macht es sehr viel Spaß, sich aktiv bei Veranstaltungen für unsere gute Sache einzusetzen! Eine Sache, die letztlich allen Menschen nützt und hilft, unsere schöne Welt lebenswerter zu machen. Egal wo Ihr wohnt, einen Infostand im eigenen Ort zu organisieren ist kein Hexenwerk und macht viel Freude. Probiert es einfach mal aus!

Jochen für die Geldreform
Regionalgruppe Stuttgart



Vielen Dank an unser gewachsenes Team: Philipp, Michael, Jörg, Jürgen, Nathanael, Helmut, Jochen (nicht auf dem Bild: Alexa)

Warum ich in der INWO aktiv bin



Mitglied der INWO bin ich 2000 geworden, nachdem ich durch einen Bekannten auf die Lösungsvorschläge der Freiwirtschaft aufmerksam gemacht wurde. Schon während meiner Schulzeit konnte mir niemand im Wirtschaftsunterricht so recht erklären, warum in unserem Wirtschaftssystem das Wirtschaftswachstum eine so zentrale Rolle spielt und schon gar nicht, wie unendliches Wachstum in einer endlichen Welt möglich sein soll.

Erst durch die Beschäftigung mit den Ideen von Gesell ist mir verständlich geworden, wie unser jetziges Zinsgeldsystem mit dem Wachstumszwang zusammenhängt. Insbesondere der Vergleich zwischen Ware und Geld und die Wahrnehmung der besonderen Eigenschaft des Geldes, seiner

Jokerfunktion: sowohl Tauschmittel als auch unvergängliches Wertaufbewahrungsmittel zu sein, hat mich überzeugt, dass hier der grundlegende Fehler in unserem Geldsystem vorliegt.

Für die INWO habe ich, neben der Organisation von Veranstaltungen und Standbetreuungen, ab 2004 IT-Aufgaben übernommen und seit 2009 betreue ich den INWO-Internetauftritt.

Ich wünsche mir für die INWO, dass sich unsere Mitgliederzahl wieder positiv entwickelt und wir vereint daran arbeiten, unser Anliegen einer Geld- und Bodenreform in der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, damit endlich diese »Alternativlose Politik«, die nur einer kleinen Minderheit Vorteile und der großen Mehrheit Nachteile bringt, aufhört.

Martin Welch, Diplom Informatiker



DEUTSCHLAND

INWO steckt an!

**Unterstützen Sie unsere Arbeit.
Werden Sie INWO-Mitglied!**

(Antrag auf S. ...)

Aktuell erhält jedes Neumitglied eine dekorative blau-gelbe INWO-Anstecknadel geschenkt.



SEPA-Umstellung bei der INWO

Ab nächstem Jahr, dem Jahr 15 der 1999 als Buchgeld eingeführten europäischen Gemeinschaftswährung *Euro*, sind jetzt endlich auch die Banken so weit, dass ein einheitlicher gemeinsamer Zahlungsverkehrsraum eingeführt werden kann: **SEPA** (*Single Euro Payments Area*). Dieser erlaubt Überweisungen in alle Euro-Länder allein mit der eindeutigen internationalen Bankkontonummer **IBAN** (*International Bank Account Number*). In Deutschland gab es einige mediale Aufregung wegen der Länge der IBAN, doch letztlich besteht sie einfach aus den Buchstaben »DE«, gefolgt von einer zweistelligen Prüfziffer, der alten Bankleitzahl (acht Stellen, genug für 100 000 000 Banken) und der alten Kontonummer (10 Stellen, für Banken mit bis zu 10 Milliarden Konten). Das ergibt für Deutschland immer 22 Stellen, während Norwegen mit nur 15 Stellen die kürzesten IBANs hat und Malta mit 31 Stellen die längsten. Ärgerlich ist allerdings, dass mindestens bis Februar 2014, eventuell sogar länger, noch zusätzlich zur Identifizierung der Banken deren alte Geschäftskennzeichen **BIC** (*Business Identifier Code*) bei Überweisungen und Lastschriften angegeben werden müssen. Spätestens im Februar 2016 soll im Euro-Raum alles nur mit der IBAN funktionieren ... wenn es den Euro dann überhaupt noch gibt, ist man als Geldsystemkritiker geneigt hinzuzufügen. Konkret bedeutet die Umstellung für die **INWO** einiges an Verwaltungsaufwand. Die

bestehenden Einzugsermächtigungen können wir in *SEPA-Lastschriften* mit IBAN umwandeln, aber zum einen lassen sich nicht alle alten Bankverbindungen eindeutig automatisch umrechnen, wir müssen also ein paar Mitglieder deswegen kontaktieren, und zum anderen sind wir verpflichtet, für jede Einzugsermächtigung dem Mitglied unsere neue *Gläubigeridentifikationsnummer* und seine neue *Mandatsreferenznummer* mitzuteilen, bevor wir im nächsten Jahr den Mitgliedsbeitrag per SEPA-Lastschrift einziehen können. Um Geld zu sparen und die Umwelt zu schonen, wollen wir diese Mitteilung wenn möglich **per E-Mail** vornehmen. Als Mitglied sollten Sie generell alle zwei Monate den elektronischen Rundbrief »FAIRCONOMY-Newsletter« an Ihre uns bekannte E-Mail-Adresse geschickt bekommen (zuletzt im Juli). Ist das nicht der Fall, haben wir vermutlich nicht Ihre aktuelle E-Mail-Adresse und würden uns freuen, wenn Sie uns diese übermitteln – am einfachsten per E-Mail an inwo@inwo.de.

Wir mussten außerdem alle Vereins-Dokumente mit Zahlungsinformationen umstellen

und haben in dem Zuge die Möglichkeit, direkt per Online-Formular Mitglied zu werden, abgeändert: Für die SEPA-Lastschrift benötigen wir in jedem Fall eine Unterschrift und daher müssen Interessenten das Formular jetzt selbst ausdrucken und uns unterschrieben zuschicken.

Weitere Informationen im Netz:

- www.gls.de/privatkunden/service-kontakt/onlinebanking/sepa/
- de.wikipedia.org/wiki/Einheitlicher_Euro-Zahlungsverkehrsraum

Die aktuellen SEPA-Mitglieder





2. DANACH-Symposium 2013

Der gemeinnützige Verein DANACH wurde 2012 gegründet und hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Wandel zu fördern, die vielfältigen Lösungsansätze für einen nachhaltigen Lebensstil bekannter zu machen, sie in einen übergeordneten Kontext zu setzen und offene Fragen zu diskutieren.

Die INWO Schweiz gehört zum Netzwerk von DANACH und ist einer ihrer Allianzpartner.

DANACH organisierte im Herbst 2012 ein erstes Symposium in Zürich. Über zwanzig Organisationen nahmen daran teil. Dabei wurde nach Ideen und Vorschlägen gesucht, wie eine Allianz gebildet werden und wie diese dann den notwendigen Wandel wirksam unterstützen könnte.

Grosses Potential wurde in einer komplementären Währung gesehen, welche Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren möchten, resilienter (d.h. widerstandsfähiger gegenüber Störungen) machen könnte. Dieser Ansatz stieß auf viel Interesse, da unser auf Wachstum basierendes Finanz- und Wirtschaftssystem grossen Druck ausübt, sowohl was die Ausbeutung der Ressourcen anbelangt als auch auf das einzelne Individuum bezogen. Weiter wurde vorgeschlagen, diese Komplementärwährung mit einem Grundeinkommen zu kombinieren. Einem solchen Komplementärwährungssystem will sich DANACH am diesjährigen zweiten Symposium mit Referaten, Diskussionsrunden und verschiedenen partizipativen Elementen annähern.

Zum Auftakt referieren Charles Eisenstein am 18. und Niko Paech am 27. September über alternative Wirtschaftsformen sowie das Leben in der Postwachstums-gesellschaft und diskutieren dies mit dem Publikum. Am Samstag, den 28. September 2013, soll dann das Bewusstsein für die Thematik der Komplementärwährung und alternativen Finanzdienstleistungen durch verschiedene Vorträge geschärft und mit dem Publikum und den Spezialisten diskutiert werden. Zudem stellt DANACH sich selber und seine Ziel vor. Anschliessend werden in einem »Think-Tank« gewisse Teilfragen des Projektes mit dem Publikum diskutiert.

Am Sonntag, den 29. September 2013, dreht sich das Symposium dann konkreter um die Frage, wie zivilgesellschaftliches Engagement für den Wandel durch Komplementärwährungen, Zeitausschysteme und Grundeinkommen Unterstützung und Förderung erfahren kann.

DANACH ist überzeugt, dass das Projekt Komplementärwährung ein ähnliches Potential hat wie z.B. der Schweizer WIR, jedoch in einem anderen Bereich und mit einem anderen Ziel. Dafür ist es aber notwendig, mit der nötigen Professionalität und ausreichend Ressourcen zu agieren. Dafür brauchen wir die Unterstützung von Dir und allen anderen!

18. September 2013, 19:00 Uhr ETH Zürich, Hauptgebäude Rämistrasse

Charles Eisenstein – Money, Values & Trust

Ist es wirklich so, dass Geld grundsätzlich «schmutzig» ist? Ganz und gar nicht, meint Charles Eisenstein. In Stammes- und Dorfkulturen wurde Geld einst als Vermittler zwischen den unterschiedlichen Fähigkeiten der

Menschen konzipiert, auf der Basis des Vertrauens und echter Werthaltigkeit.

Wie das heutige Konkurrenzdenken in eine »Ökonomie der Verbundenheit« umgestaltet werden kann, welche der menschlichen Gemeinschaft und der Natur gerecht wird, führt der Referent eindrücklich aus; mit anschliessender Diskussion.

Sprache: Englisch. Fragen können in Deutsch gestellt werden.

In Zusammenarbeit mit www.project21.ch

27. September 2013, 19:30 Uhr

Aktionshalle der Roten Fabrik, Zürich

Niko Paech – Wirtschaft ohne Wachstumszwang

Volkswirtschaftler Niko Paech stellt das Paradigma des Wirtschaftswachstums grundsätzlich in Frage und plädiert für die Stärkung regionaler Kreisläufe.

Paech arbeitet als Professor an der Universität Oldenburg und lebt selbst, was er erzählt. Seine Vorträge sind trotz der komplexen Thematik gut verständlich und äusserst humorvoll. Ein Genuss!

28. September 2013, 10:00 - 18:00 Uhr

Aktionshalle der Roten Fabrik, Zürich

Eine Welt ohne Banken?

Was nützen uns Banken und wie notwendig sind sie in Zukunft noch? Wir diskutieren die heutigen Modelle und schauen uns nach Alternativen um. Es referieren:

- Barbara Bohr, Bankfachfrau und Kommunikationsspezialistin, www.dievorbaenker.org
- Prof. Dr. Gerhard M. Buurman, Head of Institut for Design Research, Zürcher Hochschule der Künste
- Hervé Dubois, WIR-Bank
- Manuel Lehmann, DANACH

Anschliessende Podiumsdiskussion. Moderation: Klaus Amman, Wirtschaftsredaktor des SRF

DANACH
ALLIANZ
FÜR
UNSERE
ZUKUNFT



Charles Eisenstein



Niko Paech



29. September 2013, 13:00 - 18:00 Uhr

Aktionshalle der Roten Fabrik, Zürich

Zivilgesellschaftliches Engagement für den Wandel: Welche Anreizsysteme braucht es?

Andrea Baier, Entwicklungssoziologin und Mitbegründerin des Instituts für Theorie und Praxis der Subsistenz und Mitarbeiterin der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis, zeigt im Einstiegsreferat konkrete Formen von zivilgesellschaftlichem Engagement auf und wie dieses gefördert werden kann.

Mit Anreizen und Hindernissen für Engagement setzen wir uns in der anschliessenden Podiumsdiskussion mit Tilla Künzli vom Verein UrbanAgriCulture Basel, Christian Müller von der Volksinitiative bedingungsloses Grund-

einkommen und Isabelle von Walterskirchen von PET-ZI, dem Dachverband der Schweizer Musikclubs, auseinander. Moderation: Thomas Gröbly, Ethik-Labor.

Ein weiteres Event folgt am 10. Oktober 2013. Dann spricht der amerikanische Erfolgsautor David Graeber («Schulden: Die ersten 5000 Jahre») um 18 Uhr im Gottlieb Duttweiler Institut in Rüschlikon über Schulden und die Zukunft der Demokratie.

Mehr Infos: www.danach.info

Brandaktuell: Grundeinkommen und 1000er-Noten



Zwei von der INWO Schweiz an der GV 2013 angeregte Themen sind zur Zeit sehr aktuell!

Das erste Thema: Die »Initiative zum Bedingungslosen Grundeinkommen«, kurz BGE, wird am 4. Oktober 2013 in Bern eingereicht. Die InitiantInnen und hunderte von Unterschriftensammlern haben es bereits Monate vor Ablauf der Frist geschafft, die nötigen 100'000 Unterschriften zu sammeln. Ein grosses Dankeschön an alle, die sich dran beteiligt haben und ein riesengrosses Kompliment an die InitiantInnen und Aktiven, die mit viel Elan und Eigenleistungen dazu beigetragen haben.

Nach Einreichung der Initiative wird diese von Bundesrat und Parlament diskutiert. Finanzierungs- und Umsetzungsfragen werden dann stärker im Fokus stehen. Das Positionspapier der INWO Schweiz über die möglichen BGE-Finanzierungsvarianten hat bereits die Debatte eröffnet, siehe www.inwo.ch/themen.

Das zweite Thema: »Abschaffung der Tausendernote« bekommt auch immer mehr Beachtung in der Öffentlichkeit. Aktuelle Beispiele finden Sie unter www.inwo.ch/medien. Unser INWO-Positionspapier zur 1000er-Note steht unter www.inwo.ch/themen.

TALENT-Jubiläum

Vor über 20 Jahren wurde der Verein TALENT, mit viel Engagement von der INWO Schweiz als Experiment für ein anderes Wirtschaftssystem gegründet, eigenständig. Am 19. Oktober 2013 feiert TALENT nun sein 20-jähriges Jubiläum. Die INWO Schweiz gratuliert dazu herzlich! Wir wünschen ein schönes Fest und weiterhin viel Erfolg.

TALENT Schweiz ist ein Tauschkreis. Entsprechend ihren »Talenten« tauschen die TeilnehmerInnen Waren, Informationen und Dienstleistungen gegen Talente untereinander aus.

Meine, deine Talente – wo Talent entsteht, wird gehandelt!

Dabei ist die Verrechnungseinheit Talent ein leicht verfügbares, jederzeit schöpfbares, zinsfreies und auf regionale Märkte ausgerichtetes Tauschmittel. TALENT hat zum Ziel, eine sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaft zu fördern, ohne Zins und Wachstumszwang.

Talente entstehen nur, wenn tatsächlich ein Mitglied einem anderen eine Dienstleistung oder ein Produkt »verkauft«. Daher dient Talent der Realwirtschaft und nicht zur Kapitalbildung.



NWO-Stiftung Belcampo – ein anderer Umgang mit Boden

Solange unsere Rechtsordnung Privatbesitz an unser aller Lebensgrundlagen und Gewinnerzielung daraus rechtlich absichert, ist noch viel Aufklärungsarbeit und politischer Einsatz gefordert. Im Kleinen kann aber schon vorgemacht werden, wie es besser gehen kann: Die NWO-Stiftung Belcampo vergibt Land in Baurecht und fördert mit den Einnahmen Aktivitäten zur gesetzlichen Änderung des allgemeinen Bodenrechts.

Ausgehend von einer Idee Heinz Girschweilers wurde 1986 die NWO-Stiftung für natürliche Wirtschaftsordnung gegründet. Paul Gysin war der Stifter. Das Vermögen besteht aus dessen rund 4'000 Bände umfassenden Schweizerischen Freiwirtschaftlichen Bibliothek sowie aus einer Barschaft von 10'000 Franken zu deren Unterhalt.

Der Stiftungszweck gemäss Statut: »Die Stiftung bezweckt die Förderung von Ideen und Aktivitäten, die zu einer natürlichen Wirtschaftsordnung im Sinne der Ideen des Wirtschafts- und Sozialreformers Silvio Gesell (1862-1930) und deren Weiterentwicklung beitragen. Insbesondere erstrebt sie ein Bodenrecht, das die Grundrente der Allgemeinheit zufließen lässt und eine Wirtschaftsordnung, die das arbeitsfreie Einkommen stetig verringert. Die Wirtschaft hat die natürlichen Ressourcen zu schonen und die Umwelt zu schützen.«

1988 wurden die Bücherbestände ins Schweizerische Wirtschaftsarchiv nach Basel überführt (Wirtschaftswissenschaftl. Zentrum). 1989 bekam die Stiftung eine Wohnbauparcelle von 800 Quadratmetern Fläche in Hölstein BL geschenkt. Das Grundstück sollte zum Grundstock für einen Bodenfonds der Stiftung werden, der 1992 eingerichtet wurde. Im gleichen Jahr übernahm die Stiftung die Hinterlassenschaft der Satiz, hauptsächlich bestehend aus einem Vermögen von rund 90'000 Franken, das als zinsfreie bzw. zinsgünstige Darlehen in Umlauf ist. Satiz steht für »Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Theseus Interessenten Zürich«. Sie wurde von Max R. Suter gegründet.

Die Fusion

Im Jahr 2008 nahmen die Stiftungen NWO und Belcampo Gespräche zu einer möglichen Zusammenarbeit auf. Die Zielsetzungen der beiden Organisationen waren sehr ähnlich. Die Fusion zur NWO-Stiftung Belcampo erfolgte 2010/2011. Im Januar 2012 veranstaltete die

neue Stiftung im Campus Muristalden in Bern eine öffentliche Tagung zum Thema Eigentum. Namhafte Referenten und präsentierten und diskutierten mit den Teilnehmern alternative Eigentumsmodelle.

Der Bodenfonds

Der 1992 eingerichtete Bodenfonds besteht aus Grundstücken, welche der Stiftung geschenkt werden oder die sie selber erwirbt. Sie gibt den Boden zur Nutzung ab, verkauft ihn aber nicht wieder. Gegenwärtig besitzt die NWO-Stiftung Belcampo je zwei Grundstücke in Egliswil AG und Hölstein BL, sowie je eines in der Stadt Basel und in Osterburken im Odenwald.

Auf drei der Grundstücke haben Familien ihre Eigenheime, sie haben mit der Stiftung langfristige Baurechtsverträge abgeschlossen. Das Grundstück in Basel trägt das Haus einer Yoga-Stiftung.

Mit den Einnahmen des Fonds (Baurechtszinsen, Schenkungen) propagiert die Stiftung ihre Ideen, unterstützt bodenrechtliche Projekte und entwickelt ihren Fonds weiter. Die NWO-Stiftung Belcampo vertritt auf diese Weise die Rechte der Öffentlichkeit bis zu einer gesetzlichen Änderung des allgemeinen Bodenrechts..

Ziel einer Bodenrechtsreform

Der Boden gehört als soziales Gut in die besondere Obhut der Öffentlichkeit. Der Boden ist ein Geschenk der Schöpfung. In der freien Marktwirtschaft braucht der Boden eine Sonderstellung. Er kann weder Privateigentum noch Handelsware sein. Der Boden selbst darf nicht verkäuflich, die Nutzungsrechte jedoch sollen handelbar sein. Ihr Ertrag soll in die Kassen der Öffentlichkeit fließen, welche für eine gerechte Verteilung verantwortlich sind, zum Beispiel für Erziehung oder Ausbildung.

Die Nutzung des Bodens durch Überbauung sowie die land- und forstwirtschaftliche Nutzung ist Menschenwerk und soll grundsätz-

lich privaten oder juristischen Personen vorbehalten sein. Zu diesem Zwecke soll der Boden von der Öffentlichkeit mit einem Nutzungs- oder Baurechtsvertrag langfristig (bis zu hundert Jahren) abgegeben werden. Der Vorteil: Grundrente und Mehrwerte fließen in die Kassen der Öffentlichkeit, und bei Ablauf der Baurechtsverträge erhält die Öffentlichkeit jeweils wieder das Verfügungsrecht über den Boden. Die Verwendung des Bodens kann vor einer weiteren Abgabe planerisch neu festgelegt werden.

Baurechtsverträge

Baurechte ermöglichen bereits heute eine körperliche Teilung der Grundstücksnutzung in Land und Bauwerke. Das schweizerische Baurecht beinhaltet – wie das deutsche Erbbaurecht – das Recht, ein Gebäude auf fremdem Boden zu errichten und fortbestehen zu lassen. Das Baurechtsgrundstück ist ein Baurecht, welches selbständig (freie Übertragbarkeit) und dauernd (Einräumung auf mindestens 30 und maximal 99 Jahre) sowie als Grundstück ins Grundbuch aufgenommen ist.

Die NWO-Stiftung Belcampo berät Interessenten bei der Ausarbeitung solcher Baurechtsverträge. Diese Vereinbarung, welche über Jahrzehnte Bestand haben soll, muss sorgfältig formuliert werden, damit keine Unstimmigkeiten zwischen den Parteien (Vertragspartnern) entstehen können. Einen Mustervertrags und Tipps zu den wichtigsten Punkten können Sie bei der NWO-Stiftung Belcampo beziehen. ■

Kontaktadressen

Präsident: Heinz Girschweiler
NWO-Stiftung Belcampo
Tüfwiesenstrasse 6, CH-8606 Nänikon
info@nwo-belcampo.ch, www.nwo-belcampo.ch
Sekretärin: Franziska Manz-Ott,
Rodtmattstrasse 39
3014 Bern
PC-Konto: PC 40-33114-5
NWO-Stiftung Belcampo, CH-8807 Freienbach

■ **Mi., 11. September 2013, GDI Gottlieb Duttweiler Institut, Rüschlikon/Zürich**

Robert J. Gordon: Economic Growth in the West. Can Innovation Save Us From the Six Headwinds?

Die Wachstumskurven der westlichen Nationen zeigten in den vergangenen 250 Jahren nach oben. Damit sei jetzt Schluss, sagt Robert J. Gordon: Der Westen müsse sich mittelfristig auf Nullwachstum einstellen.

Veranstaltung GDI in Rüschlikon.

Tagung in Englisch, CHF 230.00 mit Anmeldung
Infos unter: www.gdi.ch/veranstaltungen

■ **Fr., 13. September 2013, 17.00-20.00 Uhr, Geld isst Zeit. Wie die Zeit zu Geld wird, und was dies für uns bedeutet**

Professoren und Oekonomen äussern sich fundiert und pointiert zur heutigen Wirtschaftslage. Veranstaltung von Zeit AG in Sursee.

Anmeldung und Abendkasse CHF 30.00

Hintergrundinformationen und Flyer unter: www.inwo.ch/termine

■ **Mi., 18. September 2013, 19.00 Uhr, ETH Zürich, Hauptgebäude Rämistrasse**

Charles Eisenstein: Money, Values & Trust

Der Amerikaner wird auch für Laien verständlich aufzeigen, dass die aktuelle Finanzkrise viel Potenzial für den Wandel birgt. Das Referat findet in englischer Sprache statt. Fragen aus dem Publikum können auch in Deutsch gestellt werden.

Infos unter: www.danach.info, in Zusammenarbeit mit www.projekt21.ch. Unterstützt durch die INWO Schweiz. Eintritt frei, Kollekte

■ **Do., 19. September 2013, 18.30 bis ca. 21.30 Uhr, Zentrum Karl der Grosse, Zürich**

Silvio Gesell – wie es war, wie es heute ist

Eric Jeanneret, La Chaux-de-Fonds spricht über die Freiwirtschaftsbewegung

Vortragsabend der INWO-Regionalgruppe Zürich zum Thema »gerechtes Geld – gerechte Welt«
Details und Flyer unter: www.inwo.ch/termine

■ **Mi., 25. September 2013, 17.15-18.45 Uhr, Fachhochschule N/W in Windisch**

Wie Banker Krisen auslösen und sie lösen
Vortrag von Harry Büsser, Börsenhändler und Finanzanalyst.

Im Rahmen der Ringvorlesung 2013 »Moloch, Milch und Honig – die Finanzkrise und ihre Alternativen«

Details und Flyer unter: www.inwo.ch/termine

■ **Do.-So., 25.-29. September 2013, Schweibenalp, Brienz**

Kongress Green Phoenix Schweiz

Infos unter: www.greenphoenixglobally.org

■ **Fr., 27. September 2013, 19.30 Uhr, Aktionshalle der Roten Fabrik, Seestrasse 395, Zürich**

Niko Paech: Wirtschaft ohne Wachstumszwang

Als Postwachstumsexperte erklärt Niko Paech anschaulich, wie das schädliche Wachstumsparadigma überwunden werden kann.

Eintritt frei, Kollekte

Details unter: www.danach.info

■ **Sa., 28. September 2013, 10.00-18.00 Uhr, Rote Fabrik, Zürich**

DANACH-Symposium

Eine Welt ohne Banken? Ist das möglich und was können alternative Finanzdienstleistungen dazu beitragen? Oder: Kann Geld überhaupt gerecht sein? Es referieren und diskutieren: Barbara Bohr, Prof. Dr. Gerhard M. Buurman, Hervé Dubois und Manuel Lehmann. Moderation Klaus Ammann.

Unterstützt durch die INWO Schweiz

Eintritt frei, Kollekte

Details unter www.danach.info

■ **So., 29. September 2013, 13.00-18.00 Uhr, Rote Fabrik, Zürich**

DANACH-Symposium

Zivilgesellschaftliches Engagement für den Wandel. Was sind förderliche und hinderliche Faktoren in Bezug auf zivilgesellschaftliches Engagement für den Wandel? Ein Einstiegsreferat von Andrea Baier. Anschliessend Podiumsdiskussion mit Tilla Künzli, Christian Müller und Isabelle von Walterskirchen.

Eintritt frei, Kollekte

Details unter www.danach.info

■ **Di., 1. Oktober 2013, 18.00-20.30 Uhr, Money-Forum, Bäregasse 20, Zürich**

Die Zukunft des Kapitalismus

Überschuldete Staaten: Was folgt auf den Pumpkapitalismus?

Veranstaltung mit Roger de Weck im Rahmen des Vortrags- und Diskussionszyklus des Money-Forums.

Anmeldung erforderlich, beschränkte Platzzahl
**Details unter www.sunflower.ch/
www.inwo.ch/termine**

■ **Fr., 4. Oktober 2013, Zeit noch offen, Bern BGE-Volksinitiative**

Bei der Bundeskanzlei werden die BGE-Unterschriften eingereicht. Rund um die Einreichung wird es ein Fest geben. Herzliche Einladung zu diesem historischen Ereignis! Weitere Infos werden folgen.
www.grundeinkommen.ch

■ **Mi., 9. Oktober 2013, 17.15-18.45 Uhr, Fachhochschule N/W in Windisch**

Eine Woche im Leben eines Bankangestellten

Vortrag von Dr. Ulrich Schilling, ehem. Geschäftsleitungsmitglied bei einer mittelgrossen Auslandsbank im Rahmen der Ringvorlesung 2013 »Moloch, Milch und Honig – die Finanzkrise und ihre Alternativen«

Eintritt frei

Details und Flyer unter: www.inwo.ch/termine

■ **Do., 10. Oktober 2013, 18.00 Uhr Referat und Diskussion; 20.00 Uhr: Apéro riche & Networking, GDI Gottlieb Duttweiler Institut, Rüschlikon/Zürich**

David Graeber: Debt and the Future of Democracy

Der amerikanische Ethnologe erregte insbesondere mit seinem erhellenden Buch »Schulden: Die ersten 5000 Jahre« viel Aufsehen. Das Referat findet in englischer Sprache statt. Fragen aus dem Publikum können auch in Deutsch oder Französisch gestellt werden.

Eintrittspreis CHF 120.00 oder CHF 30.00

Anmeldung und Details unter: www.gdi.ch/veranstaltungen

■ **Do., 17. Oktober 2013, 18.30 bis ca. 21.30 Uhr, Zentrum Karl der Grosse, Zürich**

Vortragsabend der INWO-Regionalgruppe Zürich zum Thema »gerechtes Geld – gerechte Welt«

im Zentrum Karl der Grosse in Zürich.

Flyer und genaue Angaben folgen unter:
www.inwo.ch/termine

■ **Sa., 19. Oktober 2013, ganztags in Lenzburg Jubiläumsfest TALENT**

Genauere Angaben & Infos unter: www.talent.ch oder Mail: christine.guettinger@gmx.ch

Fortlaufend:

Verein MoMo Monetäre Modernisierung

Termine + Infos zum Thema Vollgeldreform / Monetative: www.vollgeld.ch

BGE Bedingungsloses Grundeinkommen

Termine & Infos unter:
www.grundeinkommen.ch und www.bien.ch.ch

Initiative Wirtschaft zum Nutzen aller

Informationen und Veranstaltungen:
www.wirtschaft-zum-nutzen-aller.ch

Bernard Lietaer, Christian Arnspenger, Sally Goerner, Stefan Brunnhuber: Geld und Nachhaltigkeit. Von einem überholten Finanzsystem zu einem monetären Ökosystem. Ein Bericht des Club of Rome / EU Chapter, aus dem Englischen von Michael Schmidt. Europa Verlag, Wien, Berlin, München 2013, broschiert, 336 Seiten, auch als E-Book erhältlich, 19.99 € (D) / 20.60 € (A) / 28.90 SFr, ISBN 978-3-944305-06-6

Das Buch »Geld und Nachhaltigkeit« stellt die verfehlte Konstruktion des Geldsystems dar und zeigt Wege aus den gegenwärtigen Krisen auf. Die bahnbrechenden Forschungsergebnisse sind brisant und verlangen eine vertiefte Debatte jenseits aller Ideologien.



»Während 40 Jahren habe ich die Literatur über Nachhaltigkeit studiert«, schreibt Dennis Meadows im Vorwort, »und an hunderten von Konferenzen teilgenommen, ... aber nie hörte ich jemanden, der das Finanzsystem als Ursache unseres Weges zum Kollaps erklärte.« – Was ist los mit unseren Finanzeliten, Ökonomen und Finanzspezialisten? Immobilienblasen platzen, Banken werden mit Steuergeldern gerettet, Staaten haben sich hoffnungslos verschuldet ... und es geht dennoch immer weiter wie bisher.

Die Autoren kritisieren, dass unser gegenwärtiges »monetäres Paradigma einer Monokultur des schuldenbasierten, zinsbestimmten Geldes« strukturell instabil und nicht nachhaltig ist. Die Studie, im Namen des Club of Rome herausgegeben, geht 30 Jahre nach den »Grenzen des Wachstums« einen Schritt weiter. »Nur mit der Vielfalt von Tauschmitteln könn(t)en wir die Hindernisse überwinden, vor denen wir im 21. Jahrhundert stehen.« (S. 300)

Diese fünf »monetären blinden Flecken« und schädlichen Prozesse heben die Autoren hervor: Unser gegenwärtiges Geldsystem hat einen prozyklischen Charakter, verstärkt also Aufschwung wie Abschwung. Zweitens fördert es kurzsichtiges Denken und Handeln. Drittens führen die Mechanismen des Zinseszinses zu zwanghaftem Wachstum. Daraus ergibt sich viertens eine Konzentration von Reichtum und fünftens eine Abwertung des Sozialkapitals, also des sozialen Kitts unserer Gesellschaft.

Zudem werden die demokratischen Strukturen zersetzt, könnte ich noch ergänzen.

Was absolut glaubwürdig dargestellt wird, hinterlässt bei mir Wut und Verzweiflung. Wut über das ungerechte Finanzsystem und Verzweiflung über die Ignoranz, den blinden ökonomischen Glauben und die Korruption der Finanzeliten.

Zivilisationszusammenbrüche in der Geschichte sind durch zu grosse Konzentration von Reichtum, falsche Prioritätensetzung der Eliten und eine Verschlechterung der Umwelt verursacht worden. Alle drei Aspekte treffen heute zu. Die Autoren verfallen jedoch nicht in Resignation, sondern stellen neun Lösungsansätze vor. Es handelt sich immer um Komplementärwährungen mit einem positiven Einfluss auf die Lebensqualität und Nachhaltigkeit.

Das Buch ist ein »Muss« für alle, die sich Sorgen um unsere Zukunft machen. Es vermittelt eine komplexe Materie gut verständlich und die Quellenangaben erleichtern eine Vertiefung. Die Studie kritisiert zwar radikal unser gegenwärtiges Geldsystem, will es jedoch nicht überwinden, sondern (nur) Komplementärwährungen beiseite stellen. Ich bin nicht sicher, ob das reicht, aber vielleicht ist es ein guter Schachzug, um auch die Finanzeliten überzeugen zu können.

Thomas Gröbly, Dozent für Ethik und Nachhaltigkeit an der FHNW und BFH sowie Inhaber des Ethik-Labors – www.ethik-labor.ch

Gerhard Senft (Hg.): Land und Freiheit. Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne. Promedia Verlag und Verein Kritische Geographie, Wien 2013, broschiert, 198 Seiten, 15.90 Euro, ISBN 978-3-85371-358-7

Ein Buch, das ohne Trara und Schnörkel daherkommt. Zumindest was die präzisen und dichten Texte des Herausgebers Gerhard Senft betrifft. In »Land und Freiheit« schafft er es, die wichtigsten Debatten zu Eigentum und Nutzungsrechten von Grund und Boden vom 15. Jahrhundert bis heute vorzustellen, von den Anfängen der modernen Bodenreform in Großbritannien und in den USA über die französischen Physiokraten, die klassische Schule der Nationalökonomie, die Zugänge der Sozialisten und der Liberalen, über die Siedlerbewegung und die Schumpeter-Oppenheimer-Kontroverse bis zum heutigen Kampf um Grund und Boden samt Land-Grabbing und Commons-Debatte.

Jedes Kapitel wird von Senft knapp und verständlich eingeführt, der Rest, nein, Großteil des Buches ist eine Sammlung von interessanten Originaltexten, zwei- bis zehnteilige Beispiele von Thomas Paine, Adam Smith, David



Ricardo, John Stuart Mill, Pierre-Joseph Proudhon, Friedrich Engels, Karl Marx, Silvio Gesell, Léon Walras, Michael Flürsheim, Leo Tolstoi, Gustav Landauer, Otto Neurath, Amelie Lanier, Dirk Lohr u.a.

Ein wichtiges Nachschlagewerk u.a. für die neuen Bewegten, die sich für Ernährungssouveränität und solidarisches Wohnen einsetzen.

Peter A. Krobath, StadtFruchtWien, www.stadtfrucht.wien.wordpress.com

10 Fragen an PolitikerInnen zum Thema Geldschöpfung / Geldherstellung

Diese zehn Fragen zum Thema Geldschöpfung (Geldherstellung) sollten Sie direkt den InhaberInnen von politischen Ämtern auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene stellen! Gerne senden wir Ihnen auf Wunsch den Fragebogen (samt Erläuterungen z.B. des IWF und der SNB) zu.

1. Ist Ihnen bekannt, dass ca. **90% des von uns verwendeten Geldes** (das elektronische Giralgeld auf unseren Bankkonten) nicht – wie von den meisten Menschen angenommen – durch die demokratisch legitimierte Nationalbank (SNB), sondern **durch private, gewinnorientierte Geschäftsbanken erzeugt** und in Umlauf gebracht wird?

2. Ist Ihnen bekannt, dass unter anderem auch die **Schweizer Nationalbank (SNB)** in ihren Publikationen und der **Internationale Währungsfonds (IWF)** in einer Studie diese private **Giralgeldherstellung offiziell bestätigen**?

3. Ist Ihnen bekannt, dass das **Privileg, Giralgeld zu erzeugen**, weder im schweizerischen noch im europäischen Recht explizit erwähnt und geregelt wird?

4. Kennen Sie die **Interpellationen 12.3199** bzw. 12.3200 von Lukas Reimann (SVP) **zum »fraktionalen« Geldsystem** sowie die Interpellationen 12.3305 bzw. 12.3306 von Geri Müller (Grüne) **zur Geldschöpfung**?

5. Sind Sie der Meinung, dass die Banken **künftig gleich lange Spiesse** haben sollen **wie alle anderen Unternehmen**, welche ja weder selbst Geld herstellen noch auf staatliche Rettungsaktionen zählen können?

6. Würden Sie ein Geldsystem bevorzugen, das den Druck auf Mensch und Natur reduziert und gewährleistet, dass die **Wirtschaft auch ohne Wachstum stabil** bleiben kann?

7. Ist Ihnen bekannt, dass mit einer Korrektur der heutigen Geldschöpfungspraxis die derzeitige Staatsverschuldung von Bund, Kantonen und Gemeinden **ohne Inflationsgefahr** innert weniger Jahre komplett getilgt werden könnte und die **Schweiz der erste schuldenfreie Staat** der Welt wäre?

8. Ist Ihnen bekannt, dass dadurch beispielsweise auch staatliche Leistungen, ein Bürgergeld oder Steuersenkungen finanziert und über **5 Milliarden an jährlichen Zinszahlungen eingespart** werden könnten?

9. Sind Ihnen die weiteren Vorteile einer solchen **VOLLGELD-Reform** bekannt: unter anderem **keine Bankenrettungen** und Banksubventionen mehr sowie absolut **krisensicheres Geld**, weil unsere Girokonten nicht mehr in die Konkursmasse von allfälligen Pleitebanken gehören?

10. Zusatzfrage: Halten Sie es für richtig, das Volk über die verfassungsmässigen Grundlagen der Geldherstellung abstimmen zu lassen und die **Gesetzeslücke in der Bundesverfassung Art. 99** betreffend des vollständigen öffentlich-rechtlichen Vorrechtes auf Geldschöpfung zu schliessen? Wenn ja, dann informieren Sie sich beim überparteilichen Verein Monetäre Modernisierung (MoMo), welcher für **2014 eine Volksinitiative** plant: www.vollgeld.ch.

PS: Auch in **Deutschland** werden die Abgeordneten befragt: www.monetative.de/fragen-sie-ihren-abgeordneten

Verein Monetäre Modernisierung (MoMo),
5430 Wettingen, 079 773 34 50,
info@monetative.ch, www.vollgeld.ch

MONETATIVE

Aktion sicheres Geld

Wie unlängst das Beispiel Zypern zeigte, ist das heutige Bankengeld unsicheres Geld – auch in unserem Land. Es verschwindet beim Bankrott einer Bank. Nur scheint niemand zu wissen, wie das Problem aus der Welt geschafft werden könnte. Deshalb ermunert die Aktion sicheres Geld www.aktion-sicheres-geld.ch alle BürgerInnen dazu, Volksvertreter und Banken aufzufordern, für die Errichtung sicherer Geldkonten zu sorgen. Ein Musterbrief hilft allen, selber aktiv zu werden.



Warum es geht | Was ist | Aktuelle Bauteile | Newsletter | Hintergrund / Materialien | Kontakt | Impressum



Charles Eisenstein

Wie wir zu einer neuen, humanen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung finden

18. September 2013, 19:00 Uhr

ETH Zürich, Hauptgebäude Rämistr. 101

Niko Paech

Wie wir das Wachstumsparadigma überwinden

27. September 2013, 19:30 Uhr

Aktionshalle, Rote Fabrik, Zürich

Aktionshalle, Rote Fabrik, Zürich:

2. DANACH-Symposium

28. September 2013, 10:00 - 18:00 Uhr:

Eine Welt ohne Banken?

29. September 2013, 13:00 - 18:00 Uhr:

Einsatz für den Wandel

www.danach.info

Veranstalter:

DANACH
ALLIANZ
FÜR
UNSERE
ZUKUNFT

unterstützt von:



David Graeber

Wie wir die Schuldenkrise besiegen und die Zukunft gestalten

10. Oktober 2013, 18:00 Uhr

GDI, Langhaldenstr. 21, 8803 Rüschlikon

Anmeldung: www.gdi.ch/graeber

